



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

18. Sitzung vom 22. Juni 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 22.54 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Kevin Lancashire

Präsident:



Thomas Häfele Racin

Protokoll:



Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP heisst die Mitglieder des Einwohnerrats, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Besonders begrüssen möchte er Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, Protokollführerin Linda Gerstner, die beiden Weibel Korporal Singer und Herr van Olpen, der heute zum ersten Mal bei einer Einwohnerratssitzung anwesend ist, Abwart Sascha Buser sowie den Vertreter der Medien Gregor Szyndler vom Binnerer Wochenblatt. Heute ist zum ersten Mal Laurent Inäbni von der FDP anwesend. Er ist nachgerückt für Marco Giani, der in den Gemeinderat gewählt wurde. Ebenfalls zum ersten Mal anwesend ist Emil Schoch von der SP. Er ist für Jonathan Noack nachgerückt. Der Präsident wünscht den Beiden viel Energie und Freude bei ihrem neuen Amt. Ebenso begrüsst er die Ratssekretärin Linda Gerstner zurück im Rat. Sie ist aus ihrem Mutterschaftsurlaub zurück.

Mitteilungen des Präsidenten

Seit der letzten Sitzung gibt es eine neue Abstimmungsanlage. Der Votant möchte die Ratsmitglieder gerne nochmals an Folgendes erinnern: Die Geräte müssen weder ein- noch ausgeschaltet werden. Für eine «Ja»-Stimme muss die Taste «1» gedrückt werden, für eine «NEIN»-Stimme die Taste «2» und für eine «Enthaltung» die Taste «3». Die Tasten «4» bis «10» sind ohne Funktion. Während der Stimmgabe, d.h. während den 15 Sekunden, in welchen man die Stimme abgeben kann, kann das Resultat korrigiert werden, indem man oben links den roten Knopf drückt und anschliessend nochmals die Taste drückt, wie man wirklich abstimmen möchte. An der Büro-Sitzung wurde besprochen, dass weiterhin die farbigen Karten hochgehalten werden, damit eindeutig klar ist, wer wie abgestimmt hat.

Wie immer bittet der Einwohnerratspräsident die Anwesenden laut, langsam, deutlich und nahe am Mikrofon zu sprechen. Das heutige Ziel ist, die gesamte Traktandenliste bis um 21.30 Uhr abzuarbeiten, sodass seine Nachfolgerin ohne Altlasten in das neue Amtsjahr steigen kann. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und hofft auf eine effiziente Sitzung.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt hat sich Kevin Lancashire, FDP. Damit sind 39 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 20 Stimmen, das Zweidrittelmehr bei 26 Stimmen und ein Drittel der Stimmen ist mit 13 Stimmen erreicht.

Bevor der Rat zu den eigentlichen Geschäften übergeht, kommt er zur Probeabstimmung. In den vergangenen sieben Sitzungen wurde ein Quiz zur Geschäftsordnung des Einwohnerrats durchgeführt. Von elementaren Artikeln bis zu skurrilen Nischenparagrafen war alles dabei. Wie in seiner Eröffnungssitzung erwähnt, war es das Ziel des Präsidenten, das Wissen des Rats für sein Regelwerk zu schärfen. Er ist sich nicht ganz sicher, ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wurde. Die Bilanz ist nämlich gemischt. Die absolute Bestmarke mit einer Trefferquote von 100 Prozent hat genau ein Ratsmitglied, nämlich Daniel Setz. Dabei muss erwähnt werden, dass er nur an zwei von sieben Sitzungen anwesend war.

Auf der Kehrseite der Medaille stehen sieben Einwohnerräte, die über das ganze Jahr hinweg keine einzige Frage richtig beantwortet haben. Zudem haben ganze 60 Prozent der Teilnehmenden eine Trefferquote von weniger als 40 Prozent. Das ist etwas enttäuschend. Eine glanzvolle Statistik sieht anders aus. Aber Schwamm darüber. Wie in der Augustsitzung angekündigt, wird das Ratsmitglied mit den meisten richtigen Antworten heute ausgezeichnet. Das Podest sieht folgendermassen aus: Auf dem dritten Platz mit 4 Punkten und einer Trefferquote von 67 Prozent liegt Rahel Amacker. Er gratuliert ihr herzlich. *[Applaus]* Auf dem zweiten Platz mit 5 Punkten und einer Trefferquote von 71 Prozent liegt Jonathan Noack, der heute leider nicht im Saal ist. Gewinner des Quiz mit 5 Punkten und einer Trefferquote von 83 Prozent ist Peter Frauchiger. Der Präsident gratuliert ihm ganz herzlich und überreicht ihm ein kleines Präsent. *[Applaus]*

Für den heutigen Test der Abstimmungsanlage gibt es wie früher üblich eine banale Frage zu Wetter oder Sport. Die Probeabstimmung wird durchgeführt. Die Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Nr. 148, Postulat R. Büchelín, SP: Kühlmassnahmen Schulhäuser Binningen

Ralph Büchelín, SP hat den Eindruck, sein Vorstoss sei ziemlich aktuell. Gerade heute hat z.B. der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer schweizweit gefordert, dass der Bund gemeinsam mit den kantonalen Behörden nationale, rechtsverbindliche Mindeststandards und Grenzwerte zum Hitzeschutz an Schulen festlegt. Er denkt, die Gemeinde hínke nicht hinterher, wenn sie hier Massnahmen ergreifen würde. Das Thema ist sicher aktuell und heiss.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 4. Mai 2026	
2. Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2026 - 30.06.2027	138
3. Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2026 - 30.06.2027	139
4. Ersatzwahl eines Mitglieds des Sekundarschulrats für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028	147
5. Ersatzwahl Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	140
6. Ersatzwahl Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	141
7. Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	142
8. Ersatzwahl Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	143
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 31.03.2026 Jahresbericht 2025 und Leistungsberichte 2025 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2025	125 125A
10. Bericht / Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 03.06.2026 Bericht der Geschäftsprüfungskommission	145

11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2026 Rückständebericht 2026 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	146
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 02.06.2026 Unterstützungsbeitrag zur Realisierung des Naturbads St. Margarethen (Aktenversand erfolgt später) Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	101/108
13.	T. Häfele, FDP: Antrag auf Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates	137
14.*	Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 03.03.2026 Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	98
15.*	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.02.2026 Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	102
16.*	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	104
17.*	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	109
18.	Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2026 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
19.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 4. Mai 2026

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen seien. Gibt es Änderungswünsche zum Protokoll? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 138

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2026 - 30.06.2027

Gian Kamber, Mitte/GLP teilt mit, die Mitte/GLP schlage Nina Eldridge, die bisher das Vizepräsidium innehatte, für das Einwohnerratspräsidium vor.

Da es keine weiteren Kandidaturen gibt, bittet der Präsident die Stimmenzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Währenddessen begrüsst er das Streichensembel «BiBo Players» der Musikschule Binningen-Bottmingen. Sie werden während den Auszählpausen einige Stücke spielen. Das erste Stück ist das spätromantische Stück «Chant du ménestrel, op. 71» für Violoncello und Streicher. Es wurde vom Russen Alexander Glasunow 1901 komponiert. Der Solist heisst Matthias Lerchner. *[Applaus]*

[Musikalisches Intermezzo] [Applaus]

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 39

Eingegangene Wahlzettel: 39

Leer: 0

Gültige Stimmen: 39

Absolutes Mehr: 20

Gewählt ist mit 39 Stimmen: Nina Eldridge

BESCHLUSS

://: Nina Eldridge, GLP, wird als Präsidentin des Einwohnerrats für das Amtsjahr vom 1. Juli 2026 bis 30. Juni 2027 gewählt.

Der Präsident gratuliert Nina Eldridge zur Wahl. *[Applaus]*

Traktandum 3

Gesch. Nr. 139

Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2026 - 30.06.2027

Hubert Steffen, SVP äussert, die SVP-Fraktion nominiere Christian Schmid als Vizepräsident des Einwohnerrats.

Da es keine weiteren Kandidaturen gibt, bittet der Präsident die Stimmzählenden die Wahlzettel zu verteilen. In der Zwischenzeit hört der Rat nochmals das Streichensemble «BiBo Players» mit dem humorvollen, pizzicato-Stück «Plink, Plank, Plunk» des US-Komponisten Leroy Anderson aus dem Jahr 1951 in der Fassung von William Zinn.

[Musikalisches Intermezzo] [Applaus]

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 39

Eingegangene Wahlzettel: 39

Leer: 5

Gültige Stimmen: 34

Absolutes Mehr: 18

Gewählt ist mit 33 Stimmen: Christian Schmid

BESCHLUSS

://: Christian Schmid, SVP, wird als Vize-Präsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr vom 1. Juli 2026 bis 30. Juni 2027 gewählt.

Präsident Thomas Häfele, FDP gratuliert Christian Schmid. *[Applaus]* Der Präsident wird nun zusammen mit dem neu gewählten Präsidium die Sitzung für einen Fototermin verlassen. Die «BiBo Players» werden den Anwesenden die Wartezeit versüssen mit dem berühmten ersten Satz «Allegretto» aus dem Concerto grosso «Palladio», das der walisische Komponist Karl Jenkins 1995 komponiert hat.

[Musikalisches Intermezzo] [Applaus]

Der Präsident bedauert, dass er das dritte Stück verpasst hat. Er dankt den «BiBo Players» ganz herzlich für die wunderschöne Unterhaltung. *[Applaus]*

Traktandum 4

Gesch. Nr. 147

Ersatzwahl eines Mitglieds des Sekundarschulrats Binningen-Bottmingen für die restliche Amtsperiode bis 31.07.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP informiert, Richard Bräunlich sei aus dem Sekundarschulrat zurückgetreten. Es geht nun darum, seinen freien Sitz zu besetzen.

Karin Müller, SP dankt Richard Bräunlich namens ihrer Fraktion für sein Engagement im Sekundarschulrat. Als Nachfolgerin schlägt die SP Gabriela Wichser Ladner vor. Die Einwohnerratsmitglieder finden ihre Bewerbung in ihren Unterlagen. Darin konnten sie sehen, dass Frau Wichser Ladner viel Kompetenz und Führungserfahrung in der Jugendförderung und in der Bildung mitbringt. Die Fraktion ist der Ansicht, dies seien sehr gute Voraussetzungen für das Amt im Sekundarschulrat.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Gabriela Wichser Ladner, SP, wird für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2028 als Mitglied in den Sekundarschulrat Binningen-Bottmingen gewählt.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 140

Ersatzwahl Geschäftsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Der Präsident teilt mit, Jonathan Noack sei aus dem Einwohnerrat ausgeschieden. Es geht nun darum, seinen frei gewordenen Sitz als Ersatzmitglied in der Geschäftsprüfungskommission neu zu besetzen.

Karin Müller, SP schlägt namens der SP Emil Schoch vor.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Emil Schoch, SP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 141

Ersatzwahl Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Präsident Thomas Häfele, FDP erwähnt, Jonathan Noack sei auch Ersatzmitglied der Bau- und Planungskommission gewesen.

Karin Müller, SP informiert, auch für diesen Sitz nominiere die SP Emil Schoch.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Emil Schoch, SP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Ersatzwahlen Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erklärt, Evelyne Treuthardt sei aus der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zurückgetreten. Ihr Sitz muss neu besetzt werden.

Evelyne Treuthardt, FDP äussert, aufgrund ihres Rücktritts schlage die FDP-Fraktion Laurent Inäbniit als Mitglied der RPK vor.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 1. Laurent Inäbniit, FDP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Präsident Thomas Häfele, FDP führt aus, Marco Giani sei als Ersatzmitglied der RPK ausgeschieden.

Evelyne Treuthardt, FDP schlägt namens der FDP Karin Schinzel als Ersatzmitglied vor.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 2. Karin Schinzel, FDP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 8**Gesch. Nr. 143****Ersatzwahl Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028**

Der Präsident führt aus, der Sitz von Marco Giani als Ersatzmitglied in der Immobilienkommission sei frei geworden. Wenn er richtig informiert ist, gibt es noch keine Kandidatin oder Kandidaten der FDP und der Sitz bleibt vakant.

Die FDP bestätigt, dass dies korrekt ist.

BESCHLUSS

://: Der Sitz der FDP für ein Ersatzmitglied der Immobilienkommission bleibt vakant.

Jahresbericht 2025 und Leistungsberichte 2025**Bericht der Rechnungsprüfungskommission zum Jahresbericht und den Leistungsberichten 2025**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

RPK-Präsidentin Brigitte Schori, FDP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr offene, vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit. Auch einen grossen Dank an die Mitglieder der RPK für ihre Arbeit und die angenehme Zusammenarbeit. Zur Jahresrechnung 2025: Das Prüfungsurteil der BDO lautet, dass die Rechnung den kantonalen und kommunalen gesetzlichen Vorschriften entspricht. Ebenso hat sie festgehalten, dass die Rechnung auf einem sehr hohen Niveau erarbeitet wurde. Zu den Feststellungen im Allgemeinen: Die Gemeinde hat einen Gesamtaufwand von knapp 109 Mio. Franken und einen Gesamtertrag von knapp 118 Mio. Franken. Massgeblich für dieses Resultat von einem Ertrag von 6,2 Mio. Franken ist der Verkauf des Kabelnetzes mit 6,67 Mio. Franken und die Zunahme der Steuereinnahmen um 9,7 Mio. Franken. Die Investitionen betragen 12,63 Prozent. Dies entspricht einer Realisierungsquote von 54,7 Prozent. Die Bilanzsumme der Gemeinde beträgt neu 214,7 Mio. Franken und das Eigenkapital 138,7 Mio. Franken. Die Globalrechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von 55,3 Mio. Franken. Das ist rund 2,1 Mio. Franken resp. 4 Prozent über Budget. Dies im Speziellen wegen der Gesundheit.

Zur Beurteilung: Der Ertrag liegt 10,9 Prozent über Budget, der Aufwand 7,7 Prozent. Ohne die positiven Ertragsentwicklungen im Bereich «Steuern Vorjahre» und dem Erlös aus dem Verkauf des Kabelnetzes sowie dem tieferen Personalaufwand sowie Sach- und übriger Betriebsaufwand hätte aufgrund der Zunahme des Transferaufwands um 6,2 Mio. Franken ein Verlust resultiert. Diese Zunahme ist massgeblich durch Mehraufwendungen im Bereich der stationären Pflegefinanzierung von 3,6 Mio. Franken zu begründen. Dies zeigt, dass die Entwicklung negativ ist. Es wird keinen Kabelnetz-Verkaufserlös mehr geben und es kann nicht weiterhin mit so hohen «Steuern Vorjahre» gerechnet werden. Das heisst, in Zukunft ist mit Verlusten zu rechnen, was bedeutet, dass der Aufwand reduziert bzw. der Ertrag erhöht werden müsste. Die bestehenden finanziellen Mittel sind notwendig, um die geplanten Investitionen zu finanzieren. Die Gemeinde hatte letztes Jahr einen Investitionsanteil von 12 Prozent, was eine mittlere Investitionstätigkeit bedeutet. Aber bereits da konnten die Investitionen nicht vollständig aus dem Ergebnis der Jahresrechnung 2025 finanziert werden. Die Globalrechnung zeigt, dass die stetig steigenden Ausgaben, insbesondere Gesundheit, Bildung und Soziales, die Rechnung belasten.

Zu einigen Kennzahlen: Der Bereich Gesundheit zeigt, dass mit der steigenden Anzahl an Betreuungsstunden (Spitex und Tagesstätten) das Ziele erreicht wurde, dass ein ausreichendes Angebot für die Betagten besteht und dass die ambulanten Angebote, die die Selbstständigkeit fördern, ebenso vorhanden sind. Betreffend die stationären Angebote wurde das Ziel ebenfalls erfüllt. Das heisst, dass die Anzahl der Pflegeplätze in den Alters- und Pflegeheimen und in den Pflegewohnungen geboten werden. Betagte können innert vier Monaten seit der Anmeldung eintreten. Dies wurde deutlich erreicht. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt eine Woche. Bei den Pflegewohnungen gibt es weder eine Warteliste noch eine Wartezeit. Das heisst, eine Bettenplanung ist nötig. In der Produktgruppe Kultur, Freizeit und Sport wurde das steuerbare Ziel erreicht, die Unterstützung von Sport- und Jugendvereinen zu fördern, damit Jugendliche und Erwachsene ein Angebot haben sowie eine attraktive Freizeitinfrastruktur, die ermöglicht, dass junge und auch ältere Leute sich dort aufhalten können. Zum Produkt «öffentliche Sicherheit»: Die Feuerwehr hat ihre Ziele zu 100 Prozent erfüllt, die Gemeindepolizei ebenso. Bei den sozialen Diensten beim Produkt «Beratung und Prävention» wurden die Fälle effizient bearbeitet. Zur Finanz- und Sozialhilfe kann man sagen, dass auch dort die Ziele erfüllt wurden durch die berufliche

Integration und dass Personen nicht mehr durch die Sozialhilfe unterstützt werden müssen. Der Bereich «Verkehr und Strassen» zeigt, dass in den nächsten Jahren ein Sanierungsbedarf besteht und einige Sachen erneuert werden müssen. Auffallend im Produkt «Versorgung und Umwelt» ist die Spezialfinanzierung «Abfallentsorgung», die ein Eigenkapital von -256 000 Franken hat. Im Produkt «Hochbau und Ortsplanung» hat das Immobilien- und Finanzvermögen die Auslastungsquote von 95 Prozent erreicht.

Zu den Berichten der Subkommissionen (SubKo): Die SubKo G1 (Einwohnerdienste, Verkehr, Strassen, Personal) hat die Themen eingehend geprüft und keine Feststellungen gemacht. Es ist aber die Frage betreffend Vergütungsreglement aufgetaucht. Dies wird in der Spezialkommission GO geprüft. SubKo G2 (Gesundheit): Hier hat die RPK entschieden, dass sämtliche Mitglieder an der Sitzung dieser SubKo teilnehmen werden aufgrund der Bedeutung der Gesundheitskosten. Die Votantin gibt einen kurzen Überblick zur aktuellen Situation im Bereich Alter und Gesundheit. Es ist ein Beschwerdeverfahren hängig. Mit dem Entscheid wird im Herbst gerechnet. Der Berechnungsmechanismus für die Pflögetaxen wird erarbeitet. Das Ziel ist eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage und vor allem auch die fachliche Unterstützung der Delegierten der Versorgungsregion in den Tarifverhandlungen. Es setzt sich kantonsweit die Auffassung durch, dass das heutige System der Versorgungsregion nicht zufriedenstellend funktioniert. Die Gremien entscheiden über erhebliche finanzielle Konsequenzen, ohne selbst die Kosten tragen zu müssen. In Binningen sind es 8,6 Mio. Franken. Oftmals fehlt das notwendige Fachwissen, um mit den Leistungserbringern zu verhandeln. Beim Verband der basellandschaftlichen Gemeinden und bei den grossen Gemeinden besteht Einigkeit darüber, dass strukturelle Anpassungen notwendig sind. Ein Austritt aus der Versorgungsregion ist zum heutigen Zeitpunkt nicht zielführend. Eine Bettenplanung ist notwendig und muss regional bzw. überregional gedacht werden.

Die RPK hat die Erfolgsrechnung und Bilanz des APH Binningen angeschaut. Hierbei sind die steigenden Pflögekosten aufgefallen und dass diese keine unmittelbare Verbindung zu den höheren Lohnkosten oder den zusätzlichen Infrastrukturinvestitionen haben. Die Zahlen deuten vielmehr darauf hin, dass erhebliche liquide Mittel und Reserven aufgebaut wurden. Es wird vom Gemeinderat betont, dass er keine Kürzungen bei den Löhnen des Pflögepersonals anstrebt. Das Gleiche gilt für die RPK. Es geht der Kommission nicht um die Löhne des Pflögepersonals. Es gibt keine eigentliche Rechnungsprüfung für das APH in dem Sinn, wie man es hier bei der Gemeinde hat. Somit fehlt die Transparenz, um die Rechnung auch wirklich beurteilen zu können. Deshalb ist die Einführung eines SWISS GAAP FER notwendig. Dies ist auch eine Empfehlung der BDO. Zusammenfassend kann man festhalten, dass trotz möglicher Optimierung im Bereich der Pflögetaxen auch künftig mit erheblichen Restkosten im Bereich Alter und Pflöge gerechnet werden muss.

Die SubKo G2 hat auch die Produktgruppen Kultur, Freizeit, Sport, öffentliche Sicherheit und soziale Dienste angeschaut. Sie hat festgestellt, dass die Sanierungsmassnahmen im Hallenbad noch nicht abgeschlossen werden konnten. In naher Zukunft sind aber keine weiteren Massnahmen notwendig. Der Betrieb des Hallenbads ist für die nächsten 10 Jahre sichergestellt. Es besteht keine Notwendigkeit demnächst eine Gesamtsanierung anzugehen. Bei der Feuerwehr ist die Frage einer Stützpunktfeuerwehr oder engeren Zusammenarbeit mit anderen Feuerwehren aufgetaucht. Binningen strebt zumindest bei der Mittelbeschaffung mehr Zusammenarbeit an. Der Aufwand im Asylbereich ist durch die Fallzunahme der Ukraineflüchtlinge begründet. Der neue kantonale Mechanismus, wonach die Gemeinden, die die Asylquote erfüllen, eine höhere Abgeltung erhalten, hat sich für Binningen positiv ausgewirkt. Das Sparpaket des Bundes sieht vor, dass die Beiträge für Flüchtlinge mit Schutzstatus S, die länger als fünf Jahre in der Schweiz sind, entfallen sollen. Das verursacht für Binningen voraussichtlich Mehrkosten von 3 Mio. Franken. Der Kanton und die Gemeinden suchen Möglichkeiten, wie die Kürzungen der Bundesbeiträge rückgängig gemacht werden können, damit die finanzielle Belastung gerechter verteilt wird. Aber im Budget 2027 werden plus 3 Mio. Franken notwendig sein.

Die SubKo G3 hat sich mit den Themen Bildung, Hochbau und Ortsplanung und Gebäudeunterhalt befasst. Dort sind v.a. die seit Jahren steigenden Kosten der Musikschule aufgefallen. Der Gemeinderat soll

noch im laufenden Jahr über die Strategie informiert werden. Die SubKo R (Finanzen, Steuern, Rechnungswesen) macht sich im Speziellen Sorgen, dass das Budget Gesundheit um 3 Mio. Franken erhöht werden muss, ebenso die 3 Mio. Franken im Bereich Asyl. Die Konsequenz daraus ist, dass der Aufwand reduziert werden muss und insbesondere muss der Einwohnerrat Verantwortung übernehmen, die Investitionen zu kürzen bzw. zu überarbeiten. Zur Ergebnisverwendung und Empfehlung: Der Ertragsüberschuss von 8,8 Mio. Franken soll mit 2,6 Mio. Franken für die Neufinanzierung des Energiefonds verwendet werden, gemäss der Volksabstimmung, und 6,2 Mio. Franken sollen in den Bilanzüberschuss eingelegt werden. Es gab in der RPK einen Minderheitsantrag betreffend eine Steuerrückvergütung von 5 Mio. Franken. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 2 Stimmen abgelehnt. Die Kommission empfiehlt, die Anträge des Gemeinderats 1 bis 10 unter Punkt 7 zu folgen. Die Rednerin weist noch auf einen Schreibfehler im RPK-Bericht hin. Unter Punkt 7.2 im Bereich «Steuern» beträgt die Globalrechnung 994 003 Franken nicht 944 003 Franken.

Urs Hauri, Grüne/EVP bedankt sich namens der Grünen/EVP beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Erstellung der Leistungsberichte und der Rechnung, die wirklich von guter Qualität ist. Sie danken auch der RPK für die Bearbeitung des Geschäfts und den Bericht. Der Votant möchte nicht gross auf die Rechnung eingehen, da die RPK-Präsidentin das Wichtigste bereits gut dargelegt hat. Die Gemeinde hat ein gutes Ergebnis erzielt basierend auf hohen Steuereinnahmen v.a. aus dem Vorjahr, während die Budgetannahmen für das laufende Jahr ziemlich genau getroffen wurden. Das Zweite ist der einmalige Sondereffekt des Verkaufs des Kabelnetzes von 6,7 Mio. Franken, was einen grossen Teil des Gewinns von 8,8 Mio. Franken ausmacht. Das heisst ein grosser Faktor, der einmalig war. Gleichzeitig wurden nur 50 Prozent der Investitionen realisiert. Das ist nichts Neues. Das war schon einige Male so aus verschiedenen, zum Teil leicht verständlichen, Gründen. Es bedeutet aber auch, dass man den Investitionsstau, der hier im Rat seit Jahren erwähnt wird, nicht abbauen konnte und die Gemeinde hat weiterhin viel vor. Es ist richtig, dass Binningen die letzten fünf Jahre fast immer gute Abschlüsse hatte. Es mussten aber auch die Schuldenbremse aufgehoben und die Defizitbeschränkung eingeführt werden, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben und die neuen Schulhäuser bauen zu können. Das vergisst man schnell. Dafür wird jetzt, was die Finanzen betrifft, ein weiterer Zeithorizont angeschaut. Die Abschreibungen für die neuen Schulhäuser sind im Übrigen noch nicht in dieser Rechnung resp. Bilanz enthalten.

Wenn die Gemeinde weiterhin handlungsfähig bleiben möchte, um für die Einwohner/innen notwendige aber auch wertsteigernde Investitionen zu tätigen, die eine Gemeinde wie Binningen verdient, dann muss zum heutigen Zeitpunkt weder über Steuersenkungen noch über Steuerrückzahlungen geredet werden. Sonst zwingt uns die Defizitbeschränkung relativ schnell wieder einmal eine Steuererhöhung auf oder Investitionen können nicht ausgeführt werden. Ein ständiges Auf und Ab mit dem Steuersatz je nach Höhe der eingegangenen Steuern findet die Fraktion für die Einwohnenden nicht attraktiv. Um handlungsfähig zu bleiben und als Versicherung gegen plötzlich tiefere Steuereinnahmen stehen sie zum Versuch, den Steuersatz langfristig nur geringfügig anpassen zu müssen. Man hat mit Corona, dem Ukraine-Konflikt, dem Iran-Konflikt oder auch der Wirtschaftspolitik von Herrn Trump genügend Beispiele, die zeigen, dass die Welt nicht so stabil ist, wie man meint, und die Steuereinnahmen nicht einfach gleich ausfallen Jahr für Jahr. Man muss in Binningen nur ein paar Jahre zurückblicken, um zu verstehen, dass die letzten Jahre vielleicht eher aussergewöhnlich waren.

Der Redner zitiert aus der Publikation «Schweizer Gemeinde», Ausgabe 3, 2018. Es ist also 8 Jahre her. «Der Fall der Gemeinde Binningen ist ein Musterbeispiel für die Finanzprobleme einer Schweizer Gemeinde. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben hat sich in den letzten Jahren immer weiter geöffnet. Massgebliche Kostentreiber waren wie anderswo kaum steuerbare Faktoren wie die Pflegefinanzierung, die Sozialhilfeausgaben und die Ausfinanzierung der Pensionskasse. Zusätzlich hatte Binningen einen markanten Rückgang der Steuererträge hinzunehmen, erläutert Gemeindepräsident Mike Keller.» Die Gemeindefinanzierung war bereits damals ein Thema. Auch wenn die Fraktion hofft, dass man in Zukunft vielleicht wieder eine gewisse Reduktion erzielen kann, muss man doch davon ausgehen, dass die Bevölkerung vom Alter her steigt. Wenn man diese gut versorgen möchte, werden die Kosten

einfach steigen. In diesem Zusammenhang ist es keine Überraschung, dass die Grünen/EVP den Änderungsantrag 6 der SVP und Teilen der FDP, die 5 Mio. Franken für eine allfällige Steuerrückvergütung in die finanzpolitische Reserve schieben möchten, ablehnen. Sie würden auch eine Steuerrückvergütung zum heutigen Zeitpunkt negativ bewerten. Die anderen Anträge des Gemeinderats wird die Fraktion annehmen und gegen den Änderungsantrag der SVP stimmen.

Hubert Steffen, SVP erwähnt, die Rechnung 2025 schliesse mit einem Überschuss von 8,8 Mio. Franken ab. Das Ergebnis ist zweifellos erfreulich und verdient eine entsprechende Würdigung. Es zeigt, dass die finanzielle Lage in der Gemeinde derzeit sehr solide ist. Trotzdem muss man festhalten, dass sich auch dieses Jahr ein bekanntes Muster wiederholt. Budgetierungen fallen regelmässig deutlich tiefer aus als die effektiven Rechnungsergebnisse. Jahr für Jahr führen Sondereffekte, ausserordentliche Steuererträge oder Nachzahlungen aus Vorjahren zu deutlich besseren Abschlüssen als ursprünglich prognostiziert. Das mag kurzfristig erfreulich sein, erschwert jedoch eine realistische Beurteilung der tatsächlichen Finanzlage. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Mechanismus auch in Zukunft kaum ändern wird. Es sind jedoch nicht nur die Steuereinnahmen, die erfreulicherweise von Jahr zu Jahr wachsen. Gleichzeitig stellt die SVP fest, dass auch die übrigen Ausgaben, ob gebunden oder ungebunden, kontinuierlich ansteigen. Die steigenden Erträge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch auf der Aufwandseite eine ähnliche Entwicklung zeigt. Gerade diese Dynamik verdient besondere Aufmerksamkeit. Denn dauerhaft gesunde Finanzen können nicht alleine auf wachsenden Einnahmen basieren. Ebenso wichtig ist eine kritische Betrachtung der Ausgabenentwicklung. Wenn die Kosten in zahlreichen Bereichen Jahr für Jahr zunehmen, besteht die Gefahr, dass künftige finanzielle Spielräume zunehmend eingeschränkt sind. Aus Sicht seiner Fraktion ist es daher angezeigt, die Ausgabenstruktur regelmässig zu hinterfragen und wo möglich Effizienzsteigerungen und Einsparpotenzial zu identifizieren. Nur so kann langfristig sichergestellt werden, dass die finanzielle Stabilität der Gemeinde erhalten bleibt.

Was die SVP weiterhin beschäftigt, ist die Tatsache, dass im Budget 2026 nachweislich rund 3,6 Mio. Franken im Bereich «Alter und Gesundheit» zu tief eingestellt wurden. Bereits heute ist absehbar, dass diese Budgetierung nicht ausreichen wird. Die Fraktion befürchtet, dass dies der Gemeinde in den kommenden Jahren noch teuer zu stehen kommen könnte und spätere Nachtragskredite oder Budgetkorrekturen notwendig macht. Mit Blick in die Zukunft machen sie sich zudem grosse Sorgen bezüglich der stetig steigenden Kosten in den Bereichen «Asyl» sowie «Alter und Gesundheit». Diese Ausgaben entwickeln sich seit Jahren dynamisch nach oben und werden die öffentlichen Finanzen zunehmend belasten. Gerade deshalb erachten sie es als dringend notwendig, eine umfassende Ausgabenüberprüfung vorzunehmen. Es reicht nicht mehr aus, lediglich auf steigende Erträge zu hoffen. Vielmehr muss man kritisch hinterfragen, wo und wie die vorhandenen Mittel korrekt und entsprechend den wirklichen Gemeindeaufgaben eingesetzt werden. Nach wie vor schwer nachvollziehbar sind für die Fraktion die immer wieder auftretenden Verzögerungen bei Investitionsprojekten. Als Beispiel sei das Hallenbad erwähnt. Über Jahre hinweg wurde dem Rat erklärt, dass eine umfassende Sanierung unumgänglich sei und erhebliche Investitionen notwendig werden würden, als man plötzlich feststellte, dass der bereits bewilligte Kredit von rund 1,2 Mio. Franken ausreichen soll, um den Betrieb des Hallenbads für die nächsten 10 Jahre sicherzustellen. Die neue Einschätzung überrascht und wirft Fragen auf. Entweder wurden die damaligen Aussagen zu pessimistisch dargestellt oder die heutigen Aussagen sind zu optimistisch. In jedem Fall wird die SVP an diese Aussagen erinnern und die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen.

Seit der Steuererhöhung erzielt die Gemeinde Jahr für Jahr sehr erfreuliche und deutlich positive Rechnungsergebnisse. Diese Entwicklung zeigt, dass sich die finanzielle Situation der Gemeinde nachhaltig verbessert hat und die Ertragslage stabil ist. Aus Sicht der SVP ist daher der Zeitpunkt gekommen, die Binner Bevölkerung an diesem Erfolg teilhaben zu lassen. Es sind schliesslich die Steuerzahler/innen, die die Steuererhöhung mitgetragen haben und damit einen wesentlichen Beitrag zur heutigen finanziellen Stabilität geleistet haben. Wenn die Gemeinde über mehrere Jahre hinweg regelmässig hohe Überschüsse erwirtschaftet, ist es aus seiner Sicht gerechtfertigt, einen Teil dieses Erfolgs an die Bevölkerung zurückzugeben. Die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre liefert hierzu eine solide Grundlage.

Der Präsident bittet den Votanten zum Punkt zu kommen.

Hubert Steffen, SVP erklärt, aus diesem Grund beantrage die SVP bei der Ergebnisverwendung zusammen mit der FDP-Fraktion die Bildung und Rückstellung von 5 Mio. Franken für Steuerrückvergütungen. Damit soll ein klares Signal gesetzt werden, dass von einer nachhaltigen und erfreulichen finanziellen Lage nicht nur die Gemeindefinanzen profitieren, sondern auch die Einwohnerinnen und Einwohner von Binningen. Zusammenfassend nimmt die Fraktion die erfreuliche Rechnung 2025 positiv zur Kenntnis. Gleichzeitig mahnt sie zu mehr Budgetgenauigkeit, zu einer konsequenten Überprüfung der Ausgabenentwicklung und zu einer realistischen Planung bei den Investitionsvorhaben.

Lukas Jegge, Mitte/GLP bedankt sich namens der Mitte/GLP beim Gemeinderat für den ausführlichen und sorgfältig erarbeiteten Bericht zur Rechnung 2025. Die Gemeinde hat einen Ertragsüberschuss von 8,8 Mio. Franken erzielt und bleibt deutlich über den Erwartungen. Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Steuereinnahmen. Der Fiskalertrag liegt bei rund 9,7 Mio. Franken über Budget. Das ist ein starkes Ergebnis. Ein wesentlicher Teil davon sind die Vorjahressteuern zusammen mit dem Kabelnetzverkauf mit über 6 Mio. Franken. Doch so gut das Gesamtergebnis ist, gibt es natürlich auch kritische Punkte. Es wurde bereits verschiedentlich erwähnt. Diese Punkte muss man unbedingt im Auge behalten. Ein zentraler Bereich, der uns seit 1,5 bis 2 Jahren beschäftigt, sind die wachsenden Kosten bei der Alters- und Pflegefinanzierung. Die Kosten für die stationäre Pflege sind weiterhin sehr hoch und sogar noch einmal gestiegen. Der Transferaufwand schlägt mit einem Mehrbedarf von rund 3,6 Mio. Franken über Budget zu Buche. Das zeigt klar, dass wir ein strukturelles Kostenproblem haben. Das bestehende Tarifsystem der Pflegeheime ist definitiv verbesserungswürdig. Die Fraktion erwartet deshalb, dass die angekündigten Massnahmen zur Kostendämpfung im Bereich «Alters- und Pflegefinanzierung» konsequent umgesetzt werden. Sie erhoffen sich auch einen positiven Entscheid beim noch offenen Urteil des Kantons. Alles mit dem Ziel, die Kosten langfristig besser in den Griff zu bekommen.

Der Redner möchte noch einen Ausblick auf das Budget 2027 wagen und ein paar Worte dazu sagen. Die RPK-Präsidentin hat es bereits angesprochen. Im Budget 2027 muss Binningen im Bereich «Gesundheit» mit zusätzlichen 3 Mio. Franken rechnen. Im Asylbereich drohen der Gemeinde Mehrkosten von nochmals 3 Mio. Franken, weil der Bund die Pauschalabgeltung abgeschafft hat. Zusätzlich stehen bis ins Jahr 2035 Investitionen an, die ziemlich intensiv sind. Auch dort braucht es eine strikte und konsequente Priorisierung der anstehenden Projekte. Nicht alles ist gleich dringend. Man kann es sich nicht länger leisten, ohne klare Reihenfolge und ohne Fokus zu investieren. Fazit: Es ist eine sehr gute Rechnung, getragen von hohen Steuereinnahmen und dem Verkauf des Kabelnetzes, mit einem deutlichen Überschuss. Das ist erfreulich, darf die Anwesenden aber nicht in falsche Sicherheit wiegen. Denn gleichzeitig steigen die Kosten im Bereich «Alter/Pflege» sowie im Asylbereich. Die Entwicklung fordert uns. Jetzt braucht es klare Prioritäten, ein konsequentes Kostenbewusstsein und konkrete Massnahmen. Die Mitte/GLP folgt den Anträgen des Gemeinderats 1 bis 10 unter Punkt 7 des RPK-Berichts und empfiehlt diese zur Annahme.

Peter Frauchiger, FDP teilt mit, die FDP danke der Verwaltung, der zuständigen Gemeinderätin sowie der RPK-Präsidentin Brigitte Schori für die geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen dieses Prozesses. Zur Rechnungsprüfung im engeren Sinne darf die Fraktion erfreut feststellen, dass die Gemeinde das Rechnungsjahr 2025 erneut mit einem sehr positiven Ergebnis abschliessen konnte. Der Jahresabschluss liegt rund 8,8 Mio. Franken über dem budgetierten Resultat. Auf diesen Punkt wird der Votant ganz am Ende nochmals kurz zurückkommen. Die durchgeführten Prüfungen ergaben zudem ein insgesamt stimmiges Bild der Jahresrechnung und bestätigen eine korrekte Rechnungslegung nach den kantonalen HRM-Vorgaben. Ein besonderes Augenmerk verdient im vergangenen Rechnungsjahr der Wechsel der externen Revisionsstelle von der PWC zur BDO AG. Dieser Wechsel ist aus Sicht der FDP sehr gut gelungen. Die Zusammenarbeit hat sich bereits in der Startphase bewährt. Die Gemeinde wird professionell begleitet und fühlt sich als Kundin angemessen betreut und wertgeschätzt. Die FDP-Fraktion sieht den bisherigen Verlauf dieser Ablösung daher positiv. Zum Bericht der

RPK selbst: Dieser fällt mit seinen 11 Seiten wiederum sehr umfassend aus. Dabei werden teilweise Inhalte aus dem Jahresbericht nochmals in verdichteter Form wiedergegeben. Auch wenn es naturgemäss schwierig ist, allen Ansprüchen gerecht zu werden, erscheint es der Fraktion sinnvoll, weiterhin ein Augenmerk auf das richtige Verhältnis zwischen Umfang und Effizienz zu legen. Denkbar wäre künftig eine kompaktere Berichtsform, sofern dadurch die wesentlichen Aussagen weiterhin klar ersichtlich bleiben.

Zu den von der BDO festgestellten Empfehlungen: Wie bereits ausgeführt bzw. insgesamt wurden acht Sachverhalte mit einer grünen Ampel bewertet, also mit geringer Priorität bzw. ohne unmittelbaren Handlungsbedarf. Fünf Empfehlungen wurden mit einer gelben Ampel versehen und sind mit mittlerer Priorität bei Gelegenheit anzugehen. Positiv hervorzuheben ist, dass keine Feststellungen mit hoher Priorität, also keine roten Ampeln, ausgewiesen wurden. Dennoch bleibt eine Feststellung aus der Zwischenrevision 2025 erwähnenswert, welche dem insgesamt guten Zeugnis einen Kratzer versetzt. Bei einer Lehrperson wurden nach deren Austritt weiterhin Lohnzahlungen ausgerichtet. Die zu viel ausbezahlte Summe beläuft sich auf rund 43 000 Franken. Unabhängig davon, wo die Ursache genau lag, handelt es sich um einen unerfreulichen Vorgang. Es ist erfreulich, dass offenbar bereits Kontakt aufgenommen wurde und eine schrittweise Rückzahlung vorgesehen ist. Gleichzeitig wirft ein solcher Fall jedoch Fragen auf und kann das Vertrauen in die bestehenden Kontrollmechanismen beeinträchtigen. Umso wichtiger ist es, dass die Gemeindeverwaltung die entsprechenden Prozesse überprüft und sicherstellt, dass Lohnzahlungen jederzeit nachvollziehbar kontrolliert werden und ausschliesslich berechnete Vergütungen zur Auszahlung gelangen. Solche Fehler müssen künftig möglichst verhindert werden.

Abschliessend noch ein Wort zur Rechnungsprüfung im weiteren Sinne bzw. zum interfraktionellen Postulat Nr. 116 «Verbesserung der Transparenz und Steuerungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung». Die FDP-Fraktion würde es begrüssen, wenn die gewonnenen Erkenntnisse künftig nicht nur in die finanzielle Berichterstattung einfliessen, sondern auch als Grundlage für eine regelmässige Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Gemeinde dienen würden. Angesichts der weiterhin steigenden Kosten, von denen der Gemeinderat selbst ausgeht, erscheint es sinnvoll und verantwortungsvoll, in angemessenen Abständen sowohl die Aufgabenerfüllung als auch die damit verbundenen Kosten kritisch zu hinterfragen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen nach Bedarf in die mittel- und langfristige Finanzplanung einfliessen. Zum von der FDP grossmehrheitlich unterstützten Änderungsantrag zu Antrag Nr. 6 des Gemeinderats und der RPK, konkret zur Einlage in die finanzpolitische Reserve zur Sicherung des Handlungsspielraums für eine mögliche Steuerrückvergütung, wird im Anschluss sein Fraktionskollege Leon Behrends Stellung nehmen.

Ralph Büchelin, SP möchte Peter Frauchiger für seine klare und deutliche Stimme danken.

Andrea de Fregias, SP schliesst sich ihren ersten zwei Vorredner/innen Brigitte Schori und Urs Hauri an. Sie möchte keinen Vortrag halten, daher kurz und effizient. Die SP-Fraktion nimmt den RPK-Bericht zur Kenntnis und stimmt den Anträgen 1 bis 10 zu. Die Rechnung schliesst tatsächlich positiv ab. Die strukturellen Herausforderungen, insbesondere bei den Pflegekosten und im Asylbereich, bleiben trotzdem erheblich hoch. Die kommenden Jahre werden finanziell anspruchsvoll. Die Votantin bittet die Ratsmitglieder, dies im Hinterkopf zu behalten.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP bedankt sich für die positiven Voten und Rückmeldungen. Sie dankt insbesondere der RPK für die grosse Arbeit und ihren ausführlichen Bericht. Zum Antrag der SVP/FDP bezüglich Steuerrückerstattung nimmt sie gerne wie folgt Stellung: Der Einwohnerrat hat das Postulat betreffend Steuerrückvergütung an seiner letzten Sitzung am 4. Mai 2026 an den Gemeinderat überwiesen. Im Anschluss daran hat der Gemeinderat den Kanton um eine Stellungnahme gebeten. Die Antwort des Kantons ist letzten Freitag eingegangen. Die Kurzversion lautet, dass eine Steuerrückvergütung mit übergeordnetem Recht nicht vereinbar ist. Die ausführliche Beantwortung des Postulats wird nach den Sommerferien in den Rat kommen. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat daher, sämtlichen Anträgen der RPK zur Rechnung 2025 zuzustimmen.

Leon Behrends, FDP geht gerne genauer auf den Änderungsantrag zu Antrag 6 ein. Bereits vor einem Jahr wurde an der Einwohnerratssitzung bei der Beratung der Rechnung über eine mögliche Steuerrückvergütung diskutiert. Im August hat der Redner ein Postulat zu dieser Thematik eingereicht. An der letzten Sitzung vor knapp zwei Monaten wurde dieses nun behandelt und überwiesen. Er möchte dem Gemeinderat keine bewusste Verzögerung unterstellen. Aber Binningen hat in den fünf Rechnungsjahren 2020 bis 2024 jedes Jahr Überschüsse erzielt. Kumuliert hat die Gemeinde rund 42 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Wenn jetzt erneut rund 6 Mio. Franken Überschuss im Gemeindehaushalt verbleiben sollen, obwohl der Einwohnerrat noch keine Antwort hat, wie eine Steuerrückvergütung konkret umgesetzt werden könnte, entsteht durch diese Behäbigkeit ein ungutes Gefühl. Nämlich, dass der Gemeinderat – es ist ja aktuell gerade Fussball-WM – auf Zeit spielt, um erneut mehr Mittel als budgetiert bei den Steuerzahlenden abzuschöpfen.

Um dem entgegen zu wirken, haben die FDP- und SVP-Fraktion gemeinsam den vorliegenden Antrag gestellt. Damit soll dem Einwohnerrat die Option einer Steuerrückvergütung als mögliche Ergebnisverwendung offengehalten werden bis die laufenden Abklärungen, die wie gerade gehört schon vorangeschritten, aber für die Ratsmitglieder noch nicht einsehbar sind und in der Postulatsantwort von Geschäft Nr. 84 hoffentlich erläutert werden, abgeschlossen sind. Wenn der Einwohnerrat heute die 5 Mio. Franken dem allgemeinen Bilanzüberschuss zuführt, schränkt er seinen Handlungsspielraum ein. Wird der Betrag hingegen reserviert, können die ausstehenden rechtlichen und administrativen Klarstellungen abgewartet und anschliessend kann auf einer fundierten Grundlage nach Prüfung entschieden werden. Der Antrag verpflichtet den Rat nicht zu einer Steuerrückvergütung. Er stellt lediglich sicher, dass der Einwohnerrat bei der Ergebnisverwendung eine Option mehr hat und ihm die Möglichkeit einer Steuerrückvergütung grundsätzlich offenbleibt.

Brigitte Schori, FDP möchte etwas zur Lehrperson sagen, die von Peter Frauchiger erwähnt wurde. Sie findet, man müsse das Ganze erwähnen und es auch korrekt wiedergeben. Die Lohnzahlungen der Lehrkräfte erfolgen via Kanton Baselland und werden den Gemeinden weiterverrechnet. Die Anstellung der Lehrkräfte erfolgt durch die Schulleitungen, während die Aufsicht beim Schulrat liegt. Das heisst, die Lohnfortzahlung hat nichts mit der Gemeinde zu tun. Die Zwischenrevision war im November 2025. Die Gemeinde hat dann das Gespräch mit dem Schulrat gesucht, der nicht sehr erfreut war. Aber es wurden Kontrollen eingeführt. Das steht auch im Bericht. Deshalb findet sie es etwas schade, dass dies so erwähnt wurde. Die RPK-Präsidentin hat vor zwei Monaten in der RPK-Sitzung informiert, dass mehr als die Hälfte bereits zurückbezahlt wurde. Der heutige Stand ist wahrscheinlich hoffentlich noch besser. Sie findet, dies sei kein Thema und vor allem kein Thema der Gemeinde.

Peter Frauchiger, FDP nimmt gerne zum Votum seiner Vorrednerin Stellung. Er findet es nicht gut, wenn man nicht transparent sein kann. Wenn man nicht in einer Fehlerkultur, das erlebt man auch in der Arbeit überall, einfach zugestehen kann: Wo gehobelt wird, wo Spänne fliegen, passieren Fehler. Der Redner findet es etwas bedauerlich, dass man sich dann in die Position begibt, alles unter dem Deckel halten zu wollen. Man kennt das. Es wurde hier in der Informationspolitik teilweise auch schon erwähnt. Er plädiert dafür, dazu zu stehen. Fehler passieren überall. Es wurden Sachen geplant, die jetzt kommen werden. Er findet es aber durchaus adäquat, dass man dies hier im Rat erwähnen darf. Der Zustand, dass eine Lehrperson, die nicht mehr angestellt ist, weiterhin fünf Monate Lohn erhält, ist relativ skurril.

Christian Schmid, SVP möchte sich als Erstes bei den anderen Parteien für die guten und konstruktiven Gespräche bedanken, z.T. sogar zu sehr später Stunde. Es ist schon fast etwas erstaunlich. Er steht heute wieder hier und hält im Grunde genommen die gleiche Rede wie in den letzten Jahren. Die SVP hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Gemeinde strukturell deutlich mehr einnimmt, als budgetiert wird. Jedes Mal wurde dies relativiert oder als Einzelfall abgetan. Und jedes Jahr hat sich herausgestellt, dass die Einschätzung seiner Fraktion richtig war. Wieder ein hoher Überschuss, wieder höhere Einnahmen als erwartet und wieder wächst das Eigenkapital weiter an. Mittlerweile auf rund 140 Mio. Franken. Binningen ist eine Gemeinde mit 16 000 Einwohnenden, d.h. es ist sehr viel Geld vorhanden.

Binningen ist nicht New York oder London. Der Redner ist vom Gemeinderat und der Verwaltung enttäuscht. Die SVP hat seit Jahren auf dieses Thema hingewiesen, seit Jahren gibt es Rekordüberschüsse und trotzdem dauert eine vergleichsweise einfache juristische Abklärung fast ein ganzes Jahr. Zufälligerweise kommt die Antwort gerade zu dem Zeitpunkt, wenn es eigentlich schon fast zu spät ist. Das wirft für ihn die berechnete Frage auf: Handelt es sich hier um mangelnde Effizienz und fehlende Priorität oder wurde die Abklärung bewusst hinausgezögert, um eine Steuerrückvergütung zu erschweren? Beides wäre aus Sicht des Votanten inakzeptabel.

Er kann Bürgern nicht erklären, wieso die Gemeinde mit fast 140 Mio. Franken Eigenkapital ein ganzes Jahr benötigt, um eine solch grundlegende rechtliche Frage zu klären. Die Steuerzahlenden dürfen erwarten, dass solche Abklärungen mit dem nötigen Nachdruck und der nötigen Priorität vorgenommen werden und nicht erst dann abgeschlossen sind, wenn ihre politische Wirkung praktisch verpufft ist. Ehrlich gesagt hätte der Zeitpunkt für eine Steuerrückvergütung schon vor Jahren bestanden. Heute gibt es aus seiner Sicht überhaupt keinen Zweifel mehr. Mit dem gemeinsamen Antrag beschliesst der Rat heute noch keine Steuerrückvergütung und geht ganz bewusst verantwortungsvoll vor. Es wird lediglich ein Teil des Überschusses reserviert, damit die Mittel nicht einfach im allgemeinen Eigenkapital verschwinden, sondern für genau diesen Zweck gesichert werden. Wer der Meinung ist, man müsse zuerst die rechtlichen Abklärungen abwarten, kann dem Antrag trotzdem zustimmen. Zum Vorwegnehmen: Der Redner hat dies vor einigen Jahren schon relativ gut geprüft mit Avenir Suisse. Avenir Suisse meinte, man könne dies mit relativ einfachen Massnahmen umsetzen. Glücklicherweise handelt es sich beim Einwohnerrat um ein Parlament. Der Votant hatte auch bereits Kontakt mit Landräten, die die entsprechenden politischen Massnahmen treffen würden, damit dies funktionieren sollte. Er ist gespannt auf die Antwort des Gemeinderats, die er leider noch nicht gesehen hat.

Am Ende geht es auch um die Glaubwürdigkeit. Wenn man Jahr für Jahr deutlich höhere Überschüsse erzielt als budgetiert und trotzdem nie bereit ist, die Steuerzahler daran zu beteiligen, dann verliert die Finanzpolitik ihre Glaubwürdigkeit. Dann fragt sich auch der Steuerzahler, für was man ein Budget macht, wenn es jedes Jahr massiv überschossen wird und man dies einfach so hinnimmt. Irgendwann muss die Politik Konsequenzen aus der eigenen Finanzpolitik ziehen. Man kann nicht Jahr für Jahr Rekordüberschüsse erzielen und Jahr für Jahr einfach alles dem Eigenkapital zuschlagen. Mit einem Eigenkapital von rund 140 Mio. Franken steht Binningen finanziell ausserordentlich solide da. Daher ist es nach Ansicht des Redners der richtige Zeitpunkt, diesen ersten konkreten Schritt zu machen. Weiter ist auch stark davon auszugehen, dass es im Jahr 2026 wieder einen Überschuss geben wird.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP bittet den Votanten zum Schluss zu kommen.

Christian Schmid, SVP weist darauf hin, dass der Kanton, der die grossen Steuererklärungen resp. die Steuererklärungen der guten Steuerzahlenden macht, immer noch massiv im Rückstand sei. Als Beispiel erwähnt er, dass seine Einsprache seit über zwei Jahren nicht bearbeitet wurde, obwohl im Gesetz steht, es müsse in sechs Monaten gemacht werden. Er ist ehrlich gesagt fast etwas müde, jedes Jahr wieder die gleichen Argumente vortragen zu müssen. Er wurde oft belächelt, als er auf die Überschüsse hingewiesen hat. Aber jedes Jahr ist ein Jahr später genau das passiert, was er vorhergesagt hat. Die Steuerzahler haben diese Überschüsse ermöglicht und es ist daher nur fair, wenn sie auch davon profitieren. Der Votant bittet die Anwesenden, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Brigitte Schori, FDP erinnert daran, dass die «Steuern Vorjahre» nicht budgetiert werden dürfen. Das heisst, die Gemeinde wird dort hoffentlich immer ein Plus haben. Man müsste einfach den Mechanismus der Steuern verstehen. Zum Thema «Steuerrückvergütung»: Wie der Rat gehört hat, gibt es keine gesetzliche Grundlage. Man kann nicht rückwirkend auf etwas zugreifen. Das ist nicht möglich. Die Gemeinde benötigt die finanziellen Mittel. Die Votantin spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.

Karin Müller, SP möchte auf den Fall mit den Lohnfortzahlungen zurückkommen. Es ist in keiner Art und Weise intransparent. Die Anwesenden haben gehört, dass die Zuständigkeiten klar sind. Sie haben gehört, dass ein Kontrollmechanismus eingeführt und eine Rückzahlung schon erfolgt ist. Es war ein einmaliger Vorfall. Dieser hat kein System und wurde nie unter den Tisch gekehrt. Der Fall wurde hier verhandelt, völlig offen für alle. Dies dazu. Zum Antrag auf Steuerrückvergütung: Die Votantin versteht nicht, wie man eine Steuerrückvergütung verlangen kann, wenn man die Rechnung liest und sieht, dass nächstes Jahr zusätzlich 3 Mio. Franken in der Pflege auf die Gemeinde zukommen und nochmals 3 Mio. Franken mehr im Asylwesen. Aber vielleicht ist sie die Einzige, die das nicht versteht. Sie hat noch eine Frage zum Bericht des Kantons, dass Steuerrückvergütungen nicht möglich sind. Ist das grundsätzlich so?

Die zuständige Gemeinderätin nickt.

Gian Kamber, Mitte/GLP findet, wenn eine Gemeinde über Jahre hinweg deutlich höhere Erträge erziele als budgetiert, dürfe man zumindest die Frage stellen, ob ein Teil davon den Steuerzahlenden zurückerstattet werden soll. Das zweckfreie Eigenkapital ist in den letzten fünf Jahren von rund 41,5 Mio. Franken auf ca. 74,5 Mio. Franken gestiegen. Gleichzeitig ist auch die Eigenkapitalquote von ca. 38 Prozent auf über 50 Prozent angewachsen. Die Gemeinde konnte ihre finanzielle Sicherheit in dieser Zeit erheblich ausbauen und verfügt heute über zumindest solide Reserven. Vor diesem Hintergrund hält es der Votant für legitim, die Ergebnisse des Postulats zur Steuerrückvergütung ernsthaft zu prüfen und dafür einen finanziellen Spielraum offen zu halten. Gleichzeitig ist es ihm aus ökologischer Sicht wichtig festzuhalten, dass die Finanzierung des Energiefonds dadurch nicht in Frage gestellt wird. Die vorgesehene Einlage von 2,6 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve bleibt bestehen, was dem Votanten persönlich sehr wichtig ist. Er unterstellt dem Gemeinderat keine Verzögerungstaktik. Was er aber trotzdem schwierig findet ist, dass solche Informationen, dass eine Steuerrückvergütung aufgrund des übergeordneten Rechts nicht möglich sei, nicht beispielsweise schon am Freitag in einer Büro-Sitzung mitgeteilt werden können, sondern dass der Rat dies erst heute hier im Saal erfährt.

Präsident Thomas Häfele, FDP bittet nochmals alle, laut und deutlich zu reden und nahe ans Mikrofon zu gehen, damit man die Voten im Saal gut hört.

Felix Gerber, Mitte/GLP glaubt sonst meistens nicht, was Christian Schmid behauptet, aber es ist immer eine gute Inspiration, um gewisse Sachen nachzuprüfen. Er hat nachgeschaut, welche Annahmen man im Jahr 2021 hatte, als der Rat beschlossen hat, den Steuerfuss zu erhöhen. Es wurde damals angenommen, dass die Gemeinde Ende 2025 eine Nettoschuld von 34 Mio. Franken haben werde. Jetzt hat man ein Nettovermögen von 91 Mio. Franken. Man ging davon aus, dass die Gemeinde ein Finanzvermögen von 68 Mio. Franken haben werde, jetzt sind es 100 Mio. Franken mehr, nämlich 168 Mio. Franken. Insofern kann man sich fragen, ob wir während dieser Zeit zu viel Steuern bezahlt haben. Es sind zwei Faktoren, die dazu geführt haben. Zum einen mehr Einnahmen als budgetiert und zum anderen der Investitionsstau. Das Problem ist, dass es nicht nur in einem Jahr so war, sondern über viele Jahre. Wenn man dies weiterdenkt, wird es irgendwann auch zu einem Problem der Generationengerechtigkeit. Der Einwohnerrat diskutiert ständig über irgendwelche astronomisch hohen Summen an Investitionen, von denen resp. von einem Teil von denen, man aber nie genau weiss davon, wann und in welcher Höhe sie umgesetzt werden. Schlussendlich führt dies dazu, dass wir heute im Jahr 2025 Steuern für irgendetwas bezahlen, das vielleicht 2030/2035 realisiert wird.

Das ist seines Erachtens das grosse Problem, wo sich alle Anwesenden an der Nase nehmen sollten. Der Redner ist daher auch etwas enttäuscht, dass es keinen Mitbericht der Immobilienkommission gibt. Es scheint ihm extrem wichtig, dass alle miteinander, Gemeinderat und Einwohnerrat, ein besseres Verständnis dafür haben, welche Projekte man in welchem Zeitraum realisieren möchte und dann auch alle gemeinsam daran arbeiten, dass diese Projekte in diesem Zeitrahmen umgesetzt werden können. Die Diskussionen hier im Rat sind Anlass für alle und insbesondere für das Gefäss «Immobilienkommission», um die Verantwortung wahrzunehmen, damit man spätestens im nächsten Jahr klarer sagen kann, ob

das Nettovermögen, was die Gemeinde jetzt hat, ausreichend ist oder nicht. Die Ratsmitglieder haben gehört, dass eine Steuerrückvergütung wahrscheinlich nicht möglich sein wird. Das heisst, man muss irgendwann wieder ganz normal über den Steuerfuss diskutieren. Dafür braucht es eine bessere Planungsgrundlage, die man danach auch besser umsetzt. Der Redner ist der Meinung, daran müssen alle gemeinsam arbeiten.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP kann den Wunsch nach einer Steuerrückvergütung durchaus verstehen und absolut nachvollziehen. Wenn man einen solchen Überschuss hat, ist es eigentlich die logische Konsequenz, dass man sich fragt, was hier los ist. Es ist aber so, wie es die RPK-Präsidentin Brigitte Schori bereits gesagt hat. Es handelt sich um Nach- und Strafsteuern, die gemäss HRM2 nicht budgetiert werden dürfen. Das heisst, sie können nicht eingerechnet werden, sonst hätte der Kanton keine Freude. Zudem möchte sie darauf hinweisen, dass in der finanzpolitischen Reserve bereits über 20 Mio. Franken enthalten sind. Dies einfach zur Information. Dort hätte es also genug Geld für alle Möglichkeiten. Leider ist es aber so, dass eine Steuerrückvergütung gemäss Kanton effektiv nicht möglich ist. Es ist auch nicht so, wie es Christian Schmid erwähnt hat, dass der Gemeinderat ein Jahr benötigt hat. Die Abklärungen wurden direkt nach der Überweisung des Postulats in Angriff genommen und das Resultat ist effektiv erst am Freitag eingetroffen. Die zuständige Gemeinderätin ist sehr froh, um das Votum von Felix Gerber bzgl. der Immobilien. Es ist ein wichtiges Thema und sie findet es wichtig, dass dies erwähnt wurde. Wenn der Gemeinderat weiss, welche Immobilienprojekte der Einwohnerrat wirklich umsetzen will, dann kann er auch planen. Dann hat man quasi einen Masterplan. Solange dies nicht der Fall ist, muss der Gemeinderat alle Projekte in die Langzeitplanung einberechnen. Dies gibt eine gewisse Ungenauigkeit. Daher ist sie sehr froh. Aus diesem Grund gibt es auch die Immobilienkommission des Einwohnerrats, die der Rat zu diesem Zweck gegründet hat. Der Gemeinderat wird hier sehr gerne sehr eng zusammenarbeiten.

Karin Glaser, Grüne/EVP fragt sich, wie wohl das Echo wäre, wenn die Rechnung negativ ausfallen würde. Gerade von der Ratsseite vis-à-vis. Würde dann auch wieder gepoltet? Die jetzigen Überschüsse der Steuereinnahmen sind ausserordentlich und unvorhersehbare Einnahmen. Das wissen wir alle. Im Moment können die Anwesenden nur dankbar sein, werden die Ausgaben in den nächsten Jahren doch nicht kleiner. Und im Umkehrschluss müsste man dann bei einem Rechnungsdefizit bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern das Geld wieder einfordern. Das wäre das, was man dann machen müsste. Aber offensichtlich ist dies ja sowieso nicht möglich. Bezüglich des grossen Vermögens, das die Gemeinde hat, hat die SVP auch schon gejammert, dass man meinen konnte, Binningen nage am Hungertuch. Tatsächlich ist es wirklich nicht so schlimm.

Lukas Jegge, Mitte/GLP äussert, die Anwesenden sehen, dass die Mitte/GLP bei dieser Frage geteilter Meinung ist. Er spricht hier v.a. als Mitglied der RPK und hat auch noch einige Argumente, die er erwähnen möchte gegen diesen Antrag. Es wurde heute schon ein paar Mal erwähnt, dass in den kommenden Jahren höhere Ausgaben auf die Gemeinde zukommen werden, insbesondere in den Bereichen «Alter und Pflege» und «Asyl und Sozialhilfe». Das muss budgetiert werden. Es geht um ca. 6 Mio. Franken. Das ist nicht kurzfristig, sondern strukturell. Dass das Alter ein Thema ist, wissen alle. Daher wäre es seines Erachtens fahrlässig, heute Mittel zu binden, die man in den nächsten Jahren dringen brauchen wird. Die Investitionen wurden auch angesprochen. Ein Riesenpaket an Investitionen, welches die Gemeinde in den nächsten 10 Jahren in irgendeiner Form tätigen möchte. Es geht auch um Unterhalt, um Anpassungen an neue Anforderungen. All dies erfordert erhebliche finanzielle Mittel. Gerade in einer solchen Lage muss man Prioritäten setzen und sich nicht unnötig einschränken. Eine Zweckbindung von Mitteln für eine hypothetische Rückvergütung ist für den Redner ein falscher Schritt.

Dann kommt der Anspruch, und da ist mit der zuständigen Gemeinderätin und der RPK-Präsidentin völlig einig: Wir müssen planbar und langfristig einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben. Das ist ganz wichtig. Er findet es auch etwas Urschweizerisches, dass man planbar ist, langfristig denkt und einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben will. Daher ist es seines Erachtens aktuell nicht der richtige

Zeitpunkt. Weiter und das ist vielleicht der letzte Punkt dieser vier Argumente: Der vorliegende Antrag greift dem laufenden Prüfverfahren vor. Die Abklärungen zu einer möglichen Steuerrückvergütung laufen noch (Postulat Nr. 84) und sind noch nicht abgeschlossen. Er findet es vom Prozess her richtig, dass man dies zuerst sauber abklärt. Dann kann man immer noch das Geld reservieren.

Christian Schmid, SVP erklärt, bezüglich Energiefonds sei es ganz klar, dass die 2,6 Mio. Franken in den Fonds fliessen werden. Das hat das Volk mit grosser Mehrheit angenommen und seine Fraktion wird dies bei Antrag 4 einstimmig unterstützen. Er hat es nicht nochmals erwähnt, weil er schon vor dem Änderungsantrag zu Antrag 6 kommt. Aber um alle zu beruhigen: Die SVP wird das geschlossen annehmen. Der Votant hat am 16. Juni 2025, also vor einem Jahr und 6 Tagen, die dringliche Motion «Einmalige Steuerrückvergütung für Binningen» eingereicht. Von Leon Behrends ist am 21. August 2025 das Postulat «Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen» bei der Gemeinde eingegangen. Er würde daher eher diesen Zeitpunkt nehmen und nicht den Zeitpunkt, als es 10 Monate später in den Einwohnerrat gekommen ist. Da könnte man sich auch fragen, ob man extra zugewartet hat, bis man es in den Rat gebracht hat. Vielleicht noch ein, zwei Punkte zu seinen Vorrednern. Mike Keller wurde zitiert aus dem Jahr 2018. Als Information für die Ratsmitglieder: In den Jahren 2017, 2018 und 2019 hat die Gemeinde Binningen im Schnitt einen Überschuss von ca. 6 Mio. Franken pro Jahr erzielt. Sogar im schlechtesten Jahr hat die Gemeinde einen Gewinn gemacht. Wenn der Votant sich richtig erinnert, war es im schlechtesten Jahr, als nur ein kleiner Gewinn erzielt wurde, aufgrund der Nachfinanzierung der Pensionskasse Baselland, was eine einmalige Sache war und nicht mehr passieren sollte. Insbesondere da die Pensionskasse Baselland per Ende 2025 einen Deckungsgrad von 113 Prozent hatte und die Jahresperformance per 31. Mai bei 3,4 Prozent lag. Das heisst die Wahrscheinlichkeit, dass die Gemeinde Binningen hier wieder etwas nachschliessen muss, ist extrem gering.

Der Präsident bittet den Votanten zum Punkt zu kommen.

Christian Schmid, SVP wollte zum Thema «Asyl» noch anfügen, dass erst per 2027 höhere Kosten auf die Gemeinde Binningen zukommen werden. Das wird die Rechnung 2027 betreffen. Das heisst, das Jahr 2026 wird nicht davon betroffen sein und das Jahr 2027 auch nur leicht, weil [...]

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP bittet seine Ratskolleginnen und Ratskollegen, bei Folgevoten bei zwei Minuten zu bleiben und diese Redezeit nicht zu überschreiten. Weiter möchte der Rat heute Abend noch Geld für die Sanierung des Sonnenbads sprechen. Daher möchte er die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wirklich bitten – es sind noch sieben Personen auf der Rednerliste – fokussiert auf den Punkt zu kommen und nach Möglichkeit neue Fakten und Argumente vorzubringen und sich nicht zu wiederholen.

Christian Schmid, SVP erklärt abschliessend, dass die höheren Kosten im Bereich «Asyl» in Binningen erst 2027 beginnen würden. Zudem scheint ihm wichtig zu erwähnen, dass Binningen als Gemeinde 40 Prozent über dem kantonalen Schnitt ist, was die Asylzahlen betrifft. Das heisst, der Gemeinderat hat es in der Hand, dies zu reduzieren. Man hat noch ein halbes Jahr bis Anfang 2027. Der Redner erwartet vom Gemeinderat, dass hier gehandelt wird. Es kann nicht sein, dass Binningen im Schnitt 40 Prozent mehr Asylanten pro Kopf hat als der Durchschnitt des Kantons.

Aufgrund der überschrittenen Redezeit unterbricht der Präsident den Votanten und übergibt das Wort dem nächsten Redner.

Leon Behrends, FDP repliziert auf das Votum seines Vorredners der Mitte, dass der Änderungsantrag da sei, um die Abklärungen des Kantons abzuwarten. Es ist der Gemeinderat, der dem jetzt vorgreift. Nicht umgekehrt. Gerne möchte er nochmals darauf eingehen, dass der Kanton offenbar am letzten Freitag zum Schluss gekommen ist, dass eine Steuerrückvergütung nicht zulässig sei. Das ist unbefriedigend. Das Postulat ist seit August bekannt. Den Rat erreicht offiziell die angeblich abschliessende Beurteilung live

an der heutigen Sitzung. Dem Einwohnerrat liegt weder eine schriftliche Stellungnahme noch eine rechtliche Begründung vor. Damit wird den Ratsmitgliedern faktisch jegliche Möglichkeit genommen, diese Aussagen selbst zu prüfen, rechtlich abklären zu lassen, in den Fraktionen zu diskutieren oder den Antrag entsprechend anzupassen. Der Rat soll über 5 Mio. Franken entscheiden und auf den Antrag verzichten, einzig gestützt auf eine mündliche Information, die den Anwesenden am spätestmöglichen Zeitpunkt mitgeteilt wird. Das ist für den Redner keine seriöse Grundlage für einen Parlamentsentscheid.

Zudem weiss das Parlament weiterhin nicht, was der Kanton genau geprüft hat. Eine einmalige Rückvergütung im Rahmen der Ergebnisverwendung, einen automatisierten Mechanismus oder tatsächlich jede denkbare Form einer Steuerrückvergütung? Wenn diese Beurteilung so eindeutig und abschliessend ist, wie jetzt dargestellt wird, dann erwartet er, dass sie dem Einwohnerrat vollständig und schriftlich vorgelegt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es nicht am Einwohnerrat, aufgrund einer kurzfristig kommunizierten mündlichen Aussage vollendete Tatsachen zu schaffen. Der vorliegende Antrag beschliesst keine Steuerrückvergütung. Er hält lediglich den Betrag reserviert bis diese Abklärungen vorliegen, die den Anwesenden heute fehlen. Falls sich schriftlich und nachvollziehbar bestätigt, dass tatsächlich keine Rückvergütung möglich ist, wird der Betrag gemäss Änderungsantrag dem Bilanzüberschuss zugeführt. Unter diesen Umständen sieht der Redner keinen Grund, den Änderungsantrag zurückzuziehen und diese Option bereits heute endgültig vom Tisch zu nehmen.

Hubert Steffen, SVP führt aus, er habe mit der Antwort gerechnet, dass es zu einer Verletzung des übergeordneten Rechts kommen würde. Das ist immer das letzte Mittel, wenn man nicht weiss, was man sagen soll. Dann verletzt man einfach das übergeordnete Recht. Der Redner hat das Thema mit namhaften Steuerexperten und Verwaltungsrechtsprofessoren wirklich intensiv angeschaut. Diese waren anderer Meinung. Er ist gespannt auf das Urteil und würde dieses dann mit anderen Mitteln bekämpfen.

Roman Oberli, SVP äussert, es werden immer die Alarmglocken geschellt, dass Binningen zu wenig Geld habe. Mit diesem Argument wurde schon die unnötige Steuererhöhung von Mitte/Links durchgeboxt. Wie man sieht, häuft sich aber das Geld auf der Gemeinde. Es ist auch Fakt, dass die Projekte seither immer teurer werden. Zum Beispiel der Schulcampus Dorf, dessen Kosten von 20 Mio. Franken auf über 50 Mio. Franken gestiegen sind oder der nicht bewilligte Werkhof, wo die Kosten von 5 Mio. Franken auf 13 Mio. Franken gestiegen sind. Es wird immer gesagt, wir hätten kein Geld für die Projekte. Wir machen die Projekte aber auch immer doppelt oder dreifach so teuer. Da kann man sich auch selbst an der Nase nehmen. Der zweite Punkt bzgl. des übergeordneten Rechts wurde auch schon erwähnt. Der Votant fragt sich: Und dann? Dann resignieren wir? Wir sind ein Parlament. Wir können uns die Gesetze geben. Es gibt hier Vertreter, die auch im Landrat sind. Wofür gibt es Standesinitiativen/Gemeindeinitiativen? Man kann etwas bewegen, wenn man will. Aber wenn man dies offenbar nicht will, dann ist dem so. Noch ein Punkt zum Hallenbad. 12 Jahre oder so gab es den Tenor, das Hallenbad verfallend, es müsse dringend etwas gemacht werden. Jetzt wird die Heizung erneuert und es läuft wunderbar. Wie er den Politikbetrieb in den letzten 10 Jahren, in denen er dabei ist, kennenlernen konnte, wird jetzt einfach 10 Jahre gewartet bis man dann damit beginnt, eine neue Vorlage auszuarbeiten. Er möchte stark beliebt machen, frühzeitig und rechtzeitig mit einer gescheiterten Vorlage zu kommen.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP teilt mit, wenn er jetzt höre, dass eine Steuerrückvergütung gar nicht möglich sei, die Gemeinde aber in den letzten Jahren – das darf man seiner Meinung nach schon so sagen – strukturell zu viel eingenommen hat, dann sagt er einmal ganz ketzerisch: Wenn man hier Gerechtigkeit schaffen möchte, müsste man bald über eine Steuerreduzierung nachdenken, dass man etwas weniger Steuern bezahlt. Das ist aber heute nicht das Thema. Das andere ist, dass sich die Immobilienkommission im nächsten Halbjahr sehr intensiv mit den Investitionen auch in die Zukunft befassen wird. Sprich: moderne Investitionsmöglichkeiten als Gemeinde. Da gibt es sehr zeitgemässe Modelle. Es heisst nicht, dass die Gemeinde alles selbst finanzieren und auf den Kosten sitzen muss. Es gibt durchaus namhafte, grosse Anlagestiftungen, die mit 2 bis 2,5 Prozent Bruttorendite langfristig sehr glücklich und zufrieden sind. Binningen ist finanziell eine kerngesunde Gemeinde. Das wurde heute Abend mehrfach erwähnt.

Wenn Binningen als kerngesunde Gemeinde mit einer Anlagestiftung Kontakt aufnimmt und dieser den Vorschlag unterbreitet – er sagt jetzt, der Schulcampus Dorf ist gelaufen –: 55 Mio. Franken. Ihr bekommt von uns jährlich 2,5 bis 3 Prozent Rendite. Ein langjähriger Pachtvertrag auf 50 Jahre. Dann hat die Gemeinde viel Geld gespart, das sie nicht ausgeben musste, ihr aber z.B. im Bereich «Alter» fehlt und das sie dort einsetzen kann. Es gibt in der Gemeinde gewisse Hebel, über die man bisher noch gar nicht nachgedacht und die man noch nicht ausgespielt hat. Von diesem Aspekt her darf man seiner Meinung nach sehr positiv in die Zukunft schauen.

Brigitte Schori, FDP weist darauf hin, dass der Gewinn 2025 aufgrund des Verkaufs des Kabelnetzes in Höhe von 6,67 Mio. Franken erzielt wurde. Ansonsten hätte es einen Verlust gegeben. Deshalb gehören die 5 Mio. Franken auch nicht für Steuerrückvergütungen verwendet. Es ist erwähnt worden, dass man für das Jahr 2026 noch von keinen Mehrkosten weiss. Diese Aussage ist nicht korrekt. Es ist bekannt, dass die Mehrkosten zumindest im Bereich «Alter» bestehen.

Gaida Löhr, SP findet es nicht gut, dass von Seiten der SVP jetzt in alten Themen herumgemischt wird resp. in ihren politischen Highlights: Asylpolitik, Hallenbad. Es wird einfach nochmals alles aufgegriffen. Thema sind jetzt die Finanzen. Ihrer Meinung nach könnte man den Rest aktuell beiseitelassen. Der zweite Punkt ist, dass man das übergeordnete Recht so angreift, als wenn es etwas Böses wäre. Auch das findet die Votantin nicht gut. Auch der Kanton gehört zu uns. Dann möchte sie noch etwas ganz Grundsätzliches sagen. Wenn man davon spricht, dass die Steuerzahlenden etwas davon haben sollen. Das ist das System. Der Bürger zahlt Steuern, damit er etwas dafür bekommt. Es ist nicht irgendein böser Staat, der einem etwas wegnimmt. Steuern bezahlt man, damit man danach einen Gegenwert erhält, den der Rat hier im Saal diskutiert, ev. mit einer Abstimmung vor dem Volk. Zur Generationengerechtigkeit erklärt sie, alle anderen finden, es sei ungerecht, wenn man der nächsten Generation Schulden hinterlasse. Felix Gerber sagt nun, es sei ungerecht, wenn man ihnen Geld hinterlässt. Das findet die Rednerin seltsam. Sie findet es eigentlich ganz gut, wenn die junge Generation in fünf Jahren nicht mehr bezahlen muss für die Pflege, nur weil wir uns das Geld heute zurückvergütet haben. In diesem Sinn ist sie der Meinung, man sollte es sich sehr genau überlegen, ob man jetzt etwas zurückgibt, insbesondere wenn es gar nicht möglich ist.

Andrea de Fregias, SP äussert, eine Steuerrückvergütung töne sicher toll. Wenn wir ehrlich sind: Wer hätte keine Lust darauf, mehr Geld zu haben? Aber man sieht doch, es gibt einen Investitionsstau. Die Gesundheitskosten steigen. Der Asylbereich kommt noch auf uns zu. Die Gemeinde braucht die Mittel, um die Projekte endlich umzusetzen und Binningen so auch lebenswerter zu machen. So gibt man dem Volk auch etwas zurück. Sie möchte den Antrag stellen, die Diskussion zu beenden.

ABSTIMMUNG

Präsident Thomas Häfele, FDP möchte direkt über den Ordnungsantrag abstimmen lassen. Aktuell sind noch sechs Personen auf der Rednerliste.

Ordnungsantrag: Schliessung der Rednerliste: 35 JA / 4 NEIN (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Die Rednerliste wird geschlossen.

Lewin Lempert, SP bedankt sich bei Jonas Lüthi für diesen ernst zu nehmenden Politikansatz, dass man die Diskussionen dann führt, wenn sie zu führen sind und zwar bei der Festsetzung des Steuerfusses. Eine Steuerrückvergütung ist eine Art Pausenplatzspiel, das am Schluss zu einer «Hü und Hott»-Politik führt, die niemandem dient. Man kann im Dezember die ehrliche Debatte zur Festsetzung des Steuerfusses führen. Diese Diskussion wurde schon x-fach geführt. Es gab schon x Anträge, den Steuerfuss zu ändern. Das ist der Ort, wo man die relevanten steuerpolitischen Grundsatzentscheide fasst. Der Redner

kann aber auch schon sagen, was er sagen wird, wenn es darum gehen wird, den Steuerfuss zu senken. Das gilt genauso für eine Steuerrückvergütung und kam bei der heutigen Debatte seines Erachtens viel zu kurz. Wem bringt es überhaupt etwas, wenn der Steuerfuss von 49 Prozent auf 48 Prozent gesenkt wird oder wenn man jetzt diese Steuerrückvergütung macht? Das ist prozentual. Aufgrund eines progressiv ausgestalteten Steuersystems profitieren einige wenige wohlhabende Leute sehr stark, während der breite Mittelstand von diesen Massnahmen genau gar nichts hat. Der breite Mittelstand ist darauf angewiesen, dass wir unsere Schulhäuser bauen, unsere Strassen sanieren und unsere Werkhofmitarbeitenden einen guten Job machen können. Das sind die Leute, die die Gemeinde jeden Tag zu einem lebenswerten Ort machen. Es ist in seinen Augen falsch, mit kurzfristigen, kurzsichtigen Entscheiden dafür zu sorgen, dass die Gemeinde am Schluss Probleme hat bei den wichtigen Aufgaben, die sie leistet und die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Und nicht wie bei einer Steuerrückvergütung oder einer Steuerfussenkung, bei der einige wenige, die höchsten 10 Prozent der Bevölkerung, überdurchschnittlich profitieren, während alle anderen eigentlich nichts davon haben.

Peter Frauchiger, FDP erklärt, Andrea de Fregias sei ihm zuvorgekommen mit dem Antrag auf Schliessung der Rednerliste. Nun möchte er die Gelegenheit nutzen für eine Replik auf das Votum seines Vorredners. Es geht nicht nur um den effektiven Betrag. Er hat dies schon in der Fraktionssitzung gesagt. Es geht auch um die Signalwirkung. Es wird manchmal nicht verstanden, wenn die Gemeinde Jahr für Jahr Überschüsse anhäuft und nichts zurückkommt. Noch fast wichtiger scheint ihm, man kann auch den Umkehrschluss nehmen. Wenn die Gemeindeverwaltung eine «Top 50»-Liste führt, die etwa 85 Prozent des Steuersubstrats ausmacht, dann müsste man vielleicht auch daran denken, dass man diese so gut pflegt wie den Mittelstand, wo der Redner dazu gehört, und die nicht so ertragsreichen Leute. Wenn man von diesen einmal zwei, drei Leute verliert, ist das Geheule riesig. Das muss man sich immer vor Augen halten. Er versteht nicht, dass man sich derart duelliert. Der Votant plädiert dafür, die Leute auf dem Hügel zu lassen, dass dort weiterhin auf 1000 Quadratmeter gebaut werden kann. Er findet, diese Personen sollte man dort sein lassen und neue solche Leute ansiedeln. Die werden der Gemeinde einen substanziellen Steuerbetrag in die Kasse spülen. Er möchte dies auch einmal gesagt haben und eine Lanze für die ganz Bösen brechen, die zu viel Geld haben.

Christian Schmid, SVP teilt mit, es seien ein paar Sachen gesagt worden, die ihn erstaunt haben. Scheinbar ist das Aufbringen eines Themas, das die Gemeinde viel Geld kosten wird, schlecht. Laut seiner Vorrednerin sind alle Asylanten komplett gratis. Dass ein Kostenpunkt erwähnt wird, wo man 40 Prozent über dem Schnitt ist, scheint ihm sehr legitim. Seine Fraktion hat das Gespräch mit einigen Führungspersonen von Alters- und Pflegeheimen gesucht. Diese haben ihnen gesagt, dass die Zahlen sehr stabil sind. Was die Kosten hat explodieren lassen, ist die Anpassung der Berechnung von dem, was die Gemeinde an die Pflege bezahlt. Eine Steuerfussanpassung braucht eine Zweidrittelmehrheit. Der Redner kann den Damen und Herren im Publikum versichern, dass sogar er, mit 31 Jahren, es vermutlich nie erleben wird, dass eine Steuersenkung durchkommen wird. Wenn man die Mehrheitsverhältnisse anschaut, wird dies auch in seinen schönsten Träumen nicht passieren. Es wurde auch erwähnt, dass man den guten Steuerzahlenden danken muss. Sie haben nicht nur viel, sie zahlen auch sehr viel. Auch wenn man einem Median-Haushalt 100 Franken zurückgibt, sind es 100 Franken, die sie im Sack haben. Es sind 100 Franken, die nicht auf einem Gemeindegeldkonto sind, wie die anderen 140 Mio. Franken, und zu 0,05 Prozent oder etwas in dieser Richtung verzinst werden. Das ist nicht effizient. Der Bürger soll das Geld haben und nicht die Gemeinde auf irgendeinem Sparkonto, das schlecht verzinst. Wenn jetzt wirklich plötzlich eine riesige Krise kommen sollte, widererwarten, obwohl alle Gründe schon genannt wurden, warum dies nicht passieren sollte, dann könnte die Gemeinde immer noch einen Kredit oder eine Hypothek aufnehmen und sie würde wahrscheinlich für eine 10jährige unter einem Prozent zahlen. Wenn es wirklich passieren sollte, dass die Steuereinnahmen einbrechen, könnte man sehr günstig einen Kredit aufnehmen. Noch einmal: Binningen hat 140 Mio. Franken als Gemeinde mit 16 000 Einwohnenden.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP ist nicht im Asylwesen zu Hause. Ihm stellen sich aber schon Fragen, wenn er hört, dass massive Kosten auf die Gemeinde zukommen. Das weiss man jetzt, das kommt, weil wir deut-

lich mehr Asylanten haben, als wir gemäss kantonalem Verteilschlüssel haben müssten. Im innerkantonalen Finanzausgleich bezahlt Binningen brav seine Rechnung auch an die Oberbaselbieter Gemeinden, die sich mit Händen und Füßen gegen Asylanten wehren. Sie erhalten von uns Geld und nehmen keine Asylanten. Vielleicht müsste man von Seiten der Gemeinde einmal beim Kanton vorstellig werden und sagen, dass wir die Asylanten gerne nehmen. Das ist in Ordnung. Aber dann muss irgendwo Gerechtigkeit auf finanzieller Ebene im innerkantonalen Steuerausgleich geschaffen werden.

Leon Behrends, FDP möchte ein finales Votum zum Änderungsantrag zu Antrag 6 abgeben. Er findet es bemerkenswert, mit welcher Vehemenz von gewissen Fraktionen und vom Gemeinderat mit der Begründung der rechtlichen Unmöglichkeit gegen diesen Antrag gewettert wird. Wenn tatsächlich zweifelsfrei feststeht, dass eine Steuerrückvergütung rechtlich unmöglich ist, dann gibt es keinen Grund, diesen Antrag zu bekämpfen. Der Antrag regelt ausdrücklich, falls keine Steuerrückvergütung stattfindet, werden die 5 Mio. Franken genauso dem Bilanzüberschuss zugeführt, wie es der Gemeinderat beantragt. Wenn die rechtliche Unmöglichkeit tatsächlich so eindeutig wäre, würde der Antrag am endgültigen Ergebnis also gar nichts ändern.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

Antrag 2 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

Antrag 3 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

Antrag 4 des Gemeinderats: 37 JA / 1 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 06)

Antrag 5 des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP erklärt, bei Antrag 6 werden zuerst die beiden vorliegenden Anträge gegeneinander ausgemehrt. Es liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der FDP und SVP vor, dass vom Ertragsüberschuss von 6 248 397 Franken 5 Mio. Franken für eine allfällige Steuerrückvergütung reserviert werden, 1 248 397 Franken, wie vom Gemeinderat beantragt, mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals verrechnet werden, der reservierte Betrag von 5 Mio. Franken ausschliesslich für eine Steuerrückvergütung an die Steuerpflichtigen der Gemeinde vorgesehen ist und die 5 Mio. Franken reserviert bleiben, bis ein endgültiger Entscheid des Einwohnerrats zum Steuerrückvergütungsmechanismus vorliegt. Der Antrag des Gemeinderats und der RPK liegt den Anwesenden vor.

Ausmehren: Ergebnisverwendung

Antrag SVP/FDP: 5 Mio. Franken Reserve für Steuerrückvergütung: 18 JA

Antrag Gemeinderat: Verrechnung mit Bilanzüberschuss: 20 JA
eine Enthaltung (Abstimmung 08)

://: Der Antrag des Gemeinderats zur Ergebnisverwendung obsiegt.

Antrag 6 des Gemeinderats: 23 JA / 16 NEIN (Abstimmung 09)

Antrag 7 des Gemeinderats: 36 JA / 2 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 10)

Antrag 8 des Gemeinderats: 37 JA / 1 NEIN (Abstimmung 11)

Antrag 9 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

Antrag 10 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand / Nettoertrag von insgesamt 55 328 180 Franken für die folgenden Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 155 792
- Steuern	CHF	994 003
- Gesundheit	CHF	15 535 451
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	4 942 002
- Bildung	CHF	23 305 168
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 354 800
- Soziale Dienste	CHF	8 436 472
- Verkehr, Strassen	CHF	2 778 147
- Versorgung, Umwelt	CHF	-5 375 185
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	1 201 531
3. Die Positionen ausserhalb der Globalrechnung mit einem Nettoertrag von insgesamt 61 576 577 Franken werden genehmigt.
4. Der Einwohnerrat genehmigt die Einlage in die finanzpolitische Reserve von 2.6 Mio. Franken (Neufinanzierung Energiefonds).
5. Die Erfolgsrechnung 2025 mit Aufwendungen von 111 525 270 Franken, Erträgen von 117 773 667 Franken und einem Ertragsüberschuss von 6 248 397 Franken (gerundet) wird genehmigt.
6. Ergebnisverwendung
 Der Ertragsüberschuss 2025 von 6 248 397 Franken (gerundet) wird wie folgt verwendet:
 - Verrechnung mit dem Bilanzüberschuss des Eigenkapitals.
7. Die Bilanz 2025 mit Aktiven und Passiven von jeweils 214 653 085 Franken wird gemäss Anhang XV und Anhang XVI genehmigt.
8. Die Abrechnung über die Investitionsausgabe gemäss Aufstellung unter Ziffer 6 des Jahresberichts wird direkt genehmigt:
 - Hallenbad: Sanierung Technik, Lüftung 150 897 Franken
9. Die Investitionsrechnung 2025 mit Ausgaben von 12 932 733 Franken, Einnahmen von 303 876 Franken und Nettoinvestitionen von 12 628 857 Franken (gerundet) wird zur Kenntnis genommen.
10. Der Soll-Stellenplan Kat. A mit 11 393 (gerundet) Stellenprozenten wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 145

Bericht der Geschäftsprüfungskommission

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

GPK-Präsidentin Karin Müller, SP geht davon aus, dass dieses Traktandum schnell abgeschlossen sein wird. Gemäss Gemeindegesetz berichtet die Geschäftsprüfungskommission (GPK) dem Einwohnerrat jeweils im ersten Halbjahr über ihre Feststellungen im vergangenen Jahr. Der Bericht fällt kurz aus. Aber nicht, weil die Kommissionsmitglieder Däumchen gedreht haben, sondern weil der Schwerpunkt im letzten Jahr auf der Prüfung des Submissionsverfahrens des amtlichen Publikationsorgans lag. Das hat die Kommission hauptsächlich beschäftigt. Die GPK hat dem Einwohnerrat dazu bereits einen separaten, sehr ausführlichen Bericht vorgelegt mit dem Fazit, dass die Kommission kein Fehlverhalten der Gemeinde feststellen konnte. Nachdem der Rat im Mai 2025 zum ersten Mal die vom Einwohnerrat verlangten Jahresberichte der Fachbehörden entgegengenommen hat, sind diese sehr unterschiedlich dahergekommen. Nicht nur in der Form, sondern vor allem auch, was die Aussagekraft angeht. Die Kommission hat anschliessend eine Vorlage ausgearbeitet, sodass diese Berichte in Zukunft transparent und informativ sind und inhaltlich ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament erfüllen. Ausstehend ist die Überarbeitung der Leistungsziele. Die aktualisierten Zielsetzungen werden mit dem Erscheinen des ersten Geschäftsberichts des Gemeinderats vorliegen. Das ist auf das nächste Jahr hin geplant. Zum Schluss möchte die Präsidentin allen Mitgliedern der GPK für ihre konstruktive Arbeit danken und dem Gemeinderat für die unkomplizierte Zusammenarbeit. Sie empfiehlt dem Einwohnerrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Niklas Mattsson, SVP bedankt sich namens der SVP für den vorliegenden Geschäftsprüfungsbericht und dankt den Mitgliedern der GPK für ihre Arbeit. Die Fraktion freut sich, dass die GPK an der Erstellung der Jahresberichte der Fachbehörden arbeitet, da dies einen besseren Einblick in die tatsächliche Arbeit der Fachbehörden ermöglicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Erstellung dieser Berichte mitunter schwierig ist. Die Fraktion erachtet es als wichtiger, dass die Berichte verfasst und verteilt werden, als sie einheitlich zu gestalten. Sie freuen sich darauf, die Berichte zu einem späteren Zeitpunkt zu lesen. Die SVP nimmt den Bericht der GPK zur Kenntnis.

Karin Glaser, Grüne/EVP spricht der GPK-Präsidentin ihren Dank für den Bericht aus. Es war wirklich an der Zeit, die GRPK in eine GPK und eine RPK aufzuteilen. Jetzt können in der GPK tatsächlich Geschäfte geprüft werden. In der GRPK war vor lauter Budget, Rechnung, Rechnung, Budget kaum Zeit, irgendein Geschäft zu prüfen. Die erhaltenen Jahresberichte hat die Kommission geordnet und alle, die einen Bericht schreiben müssen, haben eine klare Vorgabe erhalten, was gewünscht ist. In der GPK wurden im vergangenen Jahr auch Geschäfte erfolgreich behandelt, wie das erwähnte Beispiel der Submission des amtlichen Publikationsorgans. Auch aktuell ist die Kommission an der Prüfung von Geschäften, was sehr spannend ist. Die Grünen/EVP nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Gian Kamber, Mitte/GLP versucht sich kurz zu halten. Seine beiden Vorrednerinnen haben das Wichtigste schon erwähnt. Die Fraktion dankt der Geschäftsprüfungskommission für ihren Tätigkeitsbericht. Positiv hervorheben kann er sicher die Erarbeitung einer Vorlage für die Tätigkeitsberichte der Fachbehörden. Damit erhofft man sich, dass die Berichte künftig etwas einheitlicher daherkommen. Die Mitte/GLP begrüsst zudem, dass die GPK die Überarbeitung der Leistungsziele zusammen mit dem Gemeinderat aufgenommen hat. Positiv zu erwähnen ist auch, dass die Vergabe des amtlichen Publikationsorgans korrekt durchgeführt wurde. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und dankt der GPK für die geleistete Arbeit.

Erik Schellenberg, SP fasst ganz kurz zusammen, die SP empfehle den Bericht zur Kenntnisnahme. Hinzuzufügen wäre lediglich Folgendes: Sie haben erfahren, dass Anpassungsbedarf besteht. Die Vorschriften haben sich in den letzten Jahren geändert. Die Digitalisierung hat auch zur Folge, dass gewisse Sachen geändert werden müssen. Es wurde aber festgestellt, dass von gewissen Leuten schlicht und einfach nicht akzeptiert wird, was man früher einmal gemacht hat und dass die damaligen Regeln nicht respektiert werden. Er findet, es könne nicht sein, dass man alles über Bord werfe. Man muss versuchen, gewisse Sachen, die Überarbeitungsbedarf haben, zu regeln. Eine sanfte Renovation.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht der GPK zur Kenntnis.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 146

Rückständebericht 2026

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP hat vorgängig einen Antrag eingereicht, dass der Vorstoss unter Punkt 2 des Rückständeberichts abgeschrieben wird. Dabei handelt es sich um das Postulat der SP-Fraktion zum Thema «Südlandungen». Es ist mittlerweile so, dass die Behörde ICAO empfohlen hat, Südlandungen ab fünf Knoten zu bewilligen. Im Postulat hat er gefordert, dass Südlandungen erst ab 10 Knoten stattfinden sollen. Weil diese Behörde das nun fordert, das ist europaweit so anerkannt, kann man die Forderung aus dem Postulat vergessen. Es ist nicht mehr realistisch, dies zu fordern. Die andere Forderung war, dass die Südanflüge nicht mehr als 8 Prozent im Jahr ausmachen sollen. Leider ist es so, dass dieser Wert praktisch immer überschritten wird. Letztes Jahr war man bei 13 Prozent. Bezüglich dieser Forderung muss man am Ball bleiben. Das ist wirklich sehr mühsam. Der Flughafen begründet es so, dass der Wind daran schuld sein soll. Auffällig ist aber z.B., dass es häufig an den Wochenenden Südanflüge bei wenig Knoten (0 bis 5) gibt. Da fragt man sich schon, ob es nicht etwas willkürlich ist vom Flughafen. Der Redner plädiert dafür, diesbezüglich am Ball zu bleiben. Soviel zum Vorstoss unter Punkt 2, den der Votant gerne abschreiben würde. Bei den restlichen Punkten des Rückständeberichts folgt die SP dem Antrag des Gemeinderats.

Karin Glaser, Grüne/EVP ist immer wieder überrascht, welche alten Vorstösse noch hängig sind. Was den Verkehrsfluss in der Paradiesstrasse betrifft, da steht im Titel «Verkehrsfluss». Wenn sie dann liest, was man bauen möchte, hat dies ihres Erachtens nicht mehr viel mit dem Verkehrsfluss zu tun. Wie auch immer. Das Problem, wenn man da hochfährt, sind die Velofahrenden, die langsamer fahren. Die könnte man auf die linke Seite aufs Trottoir verlagern auf einen Veloweg, auf der rechten Seite Fussgänger. Das wäre eine Option. Mit der Abschreibung des Postulats von Ralph Büchelin ist die Fraktion einverstanden. Im Rückständebericht gibt es verschiedene Postulate, die die Velowege betreffen. Die Grünen/EVP fänden es gut, wenn man diese etwas bündeln und zusammennehmen könnte. Denn die Idee ist überall die Gleiche. Man möchte, dass der Veloweg mit der Verbindung von Binningen nach Basel schlau verfolgt und gut eingebettet wird. Ansonsten folgt die Fraktion dem Gemeinderat, ausser beim Postulat zu den Südanflügen. Dort sind sie auch der Ansicht, es habe sich erledigt.

Olivier Kremo, SVP erwähnt, beim Postulat von Thomas Häfele: «Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft» (Punkt 15) stehe, dass die Ausarbeitung des Sportanlagenkonzept Ende dieses Jahres komme. Das ist grundsätzlich völlig in Ordnung. Es hat den Redner einfach etwas verwundert, dass man dem Zolli schon viel versprochen hat, den Robi-Spielplatz möchte man verfrachten, hat aber gleichzeitig noch kein einziges Infrastrukturproblem gelöst. Seien es die Sportplätze oder der Werkhof.

Felix Gerber, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die Übersicht. Die direkten Links zu den Vorstössen waren sehr angenehm. Es fällt auf, dass zu den Geschäften eine unterschiedliche Qualität der Informationen vorhanden ist. Man hat jeweils einen kleinen Fliesstext. Manchmal erfährt man mehr, manchmal

weniger. Es heisst explizit, es sei ein Auftrag, um auch Fristen zu kommunizieren. Das fehlt bei vielen Geschäften. Zudem fehlt die Information, was konkret im letzten Jahr passiert ist und welche Massnahmen für das nächste Jahr geplant sind. Der Votant ist der Meinung, dies würde gerade in der Stimmung, in der immer wieder Beschuldigungen aufkommen, dass gewisse Sachen nicht proaktiv genug angegangen werden, helfen. Es macht ja dann auch nichts, wenn man sich einmal eine Frist setzt und dann im nächsten Jahr sagt, dass man die Frist aus diesen oder jenen Gründen nicht einhalten konnte. Aber etwas mehr Struktur und Rechenschaft über den Fortschritt fände er hilfreich. Die Fraktion hatte noch eine konkrete Frage zum Postulat von Daniel Zimmermann betreffend Parkraumkonzept. Es ist einer der Vorstösse, bei denen es einfach heisst, es werde im Zusammenhang mit der Aufwertung der Hauptstrasse bearbeitet. Die Mitte/GLP hat sich gefragt, wieso man darauf warten muss. Es heisst spezifisch «mit bestehender Infrastruktur». Wieso ist es nicht möglich, das Parkraumkonzept jetzt anzugehen, damit man vorbereitet ist, wenn das Geschäft zur Hauptstrasse in Bearbeitung kommt, und vielleicht auch schon pilotiert hat und weiss, wie das funktioniert?

Sirin Hauri, Grüne/EVP hat eine kurze Rückfrage an Ralph Büchelin. So wie sie es im Voraus verstanden hat, würde er gerne einen neuen Vorstoss bringen, um am Thema Fluglärm dranzubleiben. Hat sie es richtig verstanden, dass er nicht der Meinung ist, dass sich das Thema erledigt habe, sondern nur, dass der Vorstoss nicht mehr aktuell sei.

Ralph Büchelin, SP bestätigt dies. Er möchte es in einer frischen Form wiederbringen, wobei er noch nicht ganz genau weiss wie. Es kommt vielleicht noch eine andere Forderung dazu, die er jetzt noch nicht erwähnen will. Aber auf jeden Fall möchte er einen neuen Vorstoss einreichen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP wollte nur nicht, dass es heisst, die Grünen seien der Meinung, das Problem habe sich erledigt. Das Problem des Fluglärms hat sich natürlich nicht erledigt, aber sie würden sich dem anschliessen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Zwei Sachen möchte sie kurz aufgreifen. Bzgl. der Südanflüge glaubt sie, es sei gut, wenn man das Postulat abschreibt und mit aktuellen Daten kommen kann. Einfach eine Klarstellung: Es ist nicht der Flughafen, der das Regime auf Südanflüge umstellt. Es ist die französische Behörde. Die Votantin selbst ist auch betroffen. Sie findet ab und zu auch, am Wochenende winde es offensichtlich im Norden stärker als man bei uns meint. Aber einfach, damit dies klar ist. Man darf den Vorwurf nicht dem Flughafen machen. Es ist die französische Behörde. Dann noch etwas zum Votum zur Sportinfrastruktur, die ungelöst sei, obwohl man u.a. dem Zolli Versprechungen gemacht habe. Man hat dem Zolli keine Versprechungen gemacht. Der Gemeinderat hat eine Auslegeordnung gemacht und gesagt, was er sich vorstellen kann. Aber damit hat man noch niemandem irgendetwas versprochen. Dass der Robi weg muss, ist aufgrund der Baustelle zum Hochwasserschutz, die kommt, klar. Der Robi ist mittlerweile selbst überzeugt, dass er am Birkenweg ein tolles neues Projekt realisieren kann. Warum man beim Parkraumkonzept auf das Betriebs- und Gestaltungskonzept der Hauptstrasse wartet? Das wäre ursprünglich einmal viel früher geplant gewesen. Das muss man ehrlicherweise sagen. Der Kanton hat die Sanierung der Hauptstrasse zusammen mit der BVB weiter nach hinten geschoben. Darum wurde auch das Parkraumkonzept mit diesem Projekt weiter nach hinten geschoben. Ob es vorher Sinn macht, ist offen. Da kann man ihres Erachtens auch einfach unterschiedlicher Meinung sein. Sie nimmt das Votum aber gerne mit.

ABSTIMMUNG

Abschreibung Postulat Nr. 167/XII: 37 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 12)

Abschreibung Postulat Nr. 53/XIV: Einstimmig JA (Abstimmung 13)

Abschreibung Postulat Nr. 90/XII: 38 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 14)

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Rückständebericht 2026 inkl. der Beilage «weitere Aufträge des Einwohnerrats» zur Kenntnis.
 - ://: 2. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat «Gesamtsanierung Höhenweg» (Gesch. Nr. 167/XII, überwiesen am 3.2.2020) als erledigt ab.
 - ://: 3. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat K. Lancashire, FDP: «Mehr Wirkung, weniger Aufwand: Optimierung der Wahlplakatierung» (Gesch. Nr. 53/XIV, überwiesen am 07.04.2025) als erledigt ab.
 - ://: 4. Der Einwohnerrat schreibt das Postulat R. Büchelin, SP: Südanflüge (Gesch. Nr. 90/XII, überwiesen am 24.09.2018) als erledigt ab.
-

Traktandum 12

Gesch. Nr. 101/108

Unterstützungsbeitrag zur Realisierung des Naturbads St. Margarethen

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP dankt dem Gemeinderat namens der SVP für den Bericht zu diesen Geschäften und die vertiefte Neubeurteilung des Projekts «Naturbad St. Margarethen». Für seine Fraktion ist klar, das Sonnenbad ist nicht einfach irgendeine Freizeitanlage. Es ist ein Ort der Erholung, Begegnung und Abkühlung. Gerade für Familien, Kinder, Grosseltern, aber auch ältere Menschen. Als Partei, die für ein Familienmodell des Miteinanders statt der Fremdbetreuung einsteht, sehen sie den Wert eines solchen Angebots besonders. Ein niederschwelliger, bezahlbarer Ort, an dem Kinder plantschen, Familien Zeit zusammen verbringen und verschiedene Generationen zusammenkommen können. Das erachtet die SVP für Binningen als richtiger Gewinn. Die Partei anerkennt den dringenden Sanierungsbedarf. Das Bad ist im heutigen Zustand mittelfristig von einer Schliessung bedroht. Daher ist nichts zu tun keine verantwortungsvolle Option. Ebenso würdigt die Fraktion den Nachhaltigkeitsgedanken des Projekts. Die verschiedenen biologischen Wasseraufbereitungen, erneuerbare Energie, mehr Biodiversität. Hierzu noch ein kleiner Hinweis als Allergiker: Vielleicht kann man nochmals über die Bepflanzung mit Birken nachdenken. Ansonsten sieht die SVP hier wirklich einen Mehrwert, der Binningen vorwärtsbringen kann.

Die Fraktion steht dem Projekt deshalb grundsätzlich positiv gegenüber. Dies, obwohl es eine Subventionierung eines privaten Vereins ist. Die SVP anerkennt die historische Bedeutung des Vereins für Binningen. Ihnen ist aber bei dieser Vorlage besonders wichtig, dass die Binner Bevölkerung konkret von diesem Unterstützungsbeitrag profitieren kann. Sie begrüßen den Vorschlag, dass ein Betrag in Form von Gratiseintritten direkt an die Binner Bevölkerung zurückfliessen soll, damit z.B. auch neue Nutzende für das – in seinen Augen – interessante und gelungene Projekt gewonnen werden können. Das macht die Unterstützung greifbar und schafft einen direkten Nutzen für die Familien und Einwohnenden von Binningen. Die SVP stellt diesbezüglich den Antrag, dass der gesamte gesprochene Betrag in Form von Gratiseintritten zurückfliessen soll. Gleichzeitig hat die Fraktion aber auch einige zentrale Fragen zur Finanzierung und zur Etappierung des Projekts. In der Vorlage wird ausgeführt, dass das Projekt in zwei Etappen realisiert werden soll falls, und danach sieht es aus, die Finanzierung vollständig gesichert ist.

Dazu möchten sie vom Gemeinderat gerne etwas mehr Klarheit. Erstens: Wie soll die zweite Etappe konkret finanziert werden? Welche Beiträge sind dafür realistisch in Aussicht? Welche Gesuche laufen? Und welche Finanzierungslücke bleibt nach heutigem Kenntnisstand bestehen? Zweitens: Was passiert, wenn die Etappe nicht oder erst deutlich später finanziert werden kann? Können das Naturbad und die bestehenden Hochbauten dann tatsächlich über längere Zeit sinnvoll betrieben werden? Welche Folgen hätte eine Verzögerung für die Ertragskraft des gesamten Projekts? Drittens: Gibt es aus Sicht des Gemeinderats finanzielle Risiken für die Gemeinde Binningen über den jetzt beantragten Unterstützungsbeitrag hinaus? Anders gefragt: Können wir heute ausschliessen, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere Beiträge der Gemeinde nötig werden, um eine zweite Etappe oder den Betrieb generell abzusichern? Und schliesslich interessiert es die Partei auch, wie der nicht budgetierte Beitrag von 750 000 Franken finanzpolitisch eingeordnet wird. Wie bereits erwähnt, trägt die SVP den Gedanken des Projekts mit, möchte aber sicherstellen, dass die Finanzierung transparent, nachvollziehbar und nachhaltig erfolgt. Deshalb sind sie dankbar für eine Antwort auf die Fragen. Ihre Haltung ist damit klar. Die Fraktion unterstützt den Erhalt und die Erneuerung des Sonnenbads St. Margarethen. Sie machen dies, weil Familien, Kinder und die Bevölkerung insgesamt von diesem Projekt profitieren können. Mit diesen Fragen und vorbehaltlich ihres Antrags stimmt die SVP dem Geschäft zu.

Lewin Lempert, SP möchte sich zuallererst bei den Postulanten und Postulantinnen bedanken, die diesen Unterstützungsbeitrag ins Rollen gebracht haben. Gaida Löhr hat ein Postulat eingereicht und auch Peter Frauchiger von der FDP. Er glaubt, es seien sich alle hier im Saal einig, dass es sich um ein gutes Projekt handle, das der gesamten Bevölkerung etwas bringe. Als Klammerbemerkung merkt er an, nicht so wie die Steuerrückvergütung vorhin. Es ist ein Projekt, an dem alle in Binningen teilhaben können. Sie können das Gartenbad nutzen und es ist von Vorteil, wenn das Bad auf dem aktuellen Stand ist. Wer schon einmal dort war weiss, es ist eher veraltet. Es sind kleine Schwimmbecken. Es sind kleine Kabinen usw. Es braucht diese Erneuerung. Als SP-Fraktion sind sie daher sehr dankbar, dass der Gemeinderat diesen Ball aufgenommen hat und eine Vorlage für eine Unterstützung dieses Gartenbads präsentiert. Der Redner hat den Eindruck, die Modalitäten dieser Unterstützung seien noch umkämpft oder müssen noch diskutiert werden. Hoffentlich schafft der Rat dies heute Abend, denn für das Gartenbad ist es das Wichtigste, dass sie möglichst schnell eine Unterstützung zugesagt bekommen.

Wichtig ist: Punkt 1: Der Betrag, den die Gemeinde Binningen geben soll, soll für die Sanierung verwendet werden können. Beim Antrag der SVP, von dem der Votant eben erst erfahren hat, hat er diesbezüglich seine Zweifel, wenn der gesamte Betrag im Form von Gratiseintritten zurückfliessen soll. Zweitens: Die Fraktion findet die Idee der Gratiseintritte und/oder Vergünstigungen für die Bevölkerung sinnvoll. Sie würden einen Antrag, der in diese Richtung geht bzw. auch die Gemeinderatsvorlage unterstützen. Der Redner möchte nicht vorgreifen. Es werden noch verschiedene Anträge vorgestellt. Er kann aber soweit mitteilen, dass die SP den Betrag von 750 000 Franken bewilligen möchte und sie möchte einen Teil des Betrags gerne in Form von Gratiseintritten oder Vergünstigungen an die Binner Bevölkerung zurückfliessen lassen. Es muss aber nicht eine halbe Million Franken sein, wie es in der Gemeinderatsvorlage steht, sondern es kann auch etwas weniger sein.

Sirin Hauri, Grüne/EVP bedankt sich beim Gemeinderat für das Geschäft zum Sonnenbad. Es kommt sicher nicht zu früh. Jetzt bei anhaltender Hitze wird den Anwesenden bewusster denn je, wie wichtig es ist, nicht nur mit allen Möglichkeiten, die ihnen offenstehen, die Klimaveränderung zu bremsen, sondern sich auch vor ihr zu schützen. Ja, es gibt auch das Gartenbad in Bottmingen. Aber an richtig heissen Tagen sind beide Bäder hoch ausgelastet und es macht wenig Sinn, jetzt Kapazitäten zu reduzieren. Im jetzigen Zustand kann das Bad nicht weitergeführt werden, weil es immer wieder Wasser verliert und die Wasserqualität zum Teil nicht mehr erhalten werden kann. Investiert werden muss also, denn alle sollen sich an solchen Tagen wie heute abkühlen können. Das bringt sie zu einem weiteren wichtigen Punkt. Alle sollen sich abkühlen können unabhängig davon, was für ein Budget sie haben. Die Preise im Sonnenbad sind bereits jetzt im hohen Bereich. Die Fraktion befürchtet, dass sie nach diesem doch eher aufwändigen Umbau noch zusätzlich ansteigen könnten und dass man mit der Investition daher nur

wenigen Einwohnerinnen und Einwohnern etwas Gutes tut.

Wie kann man also erreichen, dass die Investition in die Gesundheit der Bevölkerung möglichst allen zu Gute kommt? Möglich wäre, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, eine gewisse Anzahl Gratiseintritte für die Einwohner/innen. Das würde allerdings nur für einige wenige Jahre etwas bringen. Möglich wäre auch eine länger andauernde Preisreduktion. Beides wäre grundsätzlich umsetzbar. Beides hat seine Vor- und Nachteile. Die Grünen/EVP würden eine länger anhaltende Preisreduktion bevorzugen, da sie befürchten, dass Gratiseintritte, wie es so häufig passiert, verfallen, bevor sie eingelöst werden können. Wenn das Konzept der Gratiseintritte verfolgt werden soll, wären sie für eine längere Geltungsdauer, sodass möglichst alle genutzt werden können. Im Fall einer Preisreduktion könnte man z.B. bei der Gemeinde vergünstigte 10er- oder Saison-Abos abholen wie es z.B. auch bei den SBB-Tageskarten möglich ist. So würde dem Sonnenbad die Identifikation an der Kasse entfallen. Die Votantin ist aber sicher, dass die Lösungen von der Gemeinde und dem Sonnenbad ausgearbeitet werden könnten.

Das Problem bei den Gratiseintritten ist zudem, dass diese je nach dem als Schuld budgetiert werden müssten und gegebenenfalls die Solvenz des Vereins oder der Stiftung gefährden würden. Die Fraktion ist daher nicht für den Antrag der SVP, die den Gesamtbetrag wieder zurückhaben möchte. Ein weiterer Punkt ist die Verwendung der Investition. Die Grüne/EVP ist für eine Weiterführung des Badebetriebs. Bei weiteren Erweiterungen, wie dem Ausbau der Sauna und des Restaurants, sind sie nicht so überzeugt, dass diese einen breiten Nutzen bringen und möchten sie nicht unbedingt mitunterstützen. Kurz: Die Grünen/EVP genehmigen die 750 000 Franken für das Sonnenbad. Sie bevorzugen den interfraktionellen Antrag, den Peter Frauchiger eingereicht und an dem die Fraktion mitgearbeitet hat, der anstelle von Gratiseintritten eine Vereinbarung einer vergünstigten Eintrittsregelung nach dem Bau verlangt. Wenn sich dafür keine Mehrheit im Rat findet, sind sie auch mit weiteren Kompromissen einverstanden, aber nicht mit dem Antrag der SVP. Das Wichtigste ist, dass in dieser Hitze alle gesund bleiben.

Peter Frauchiger, FDP teilt mit, die FDP-Fraktion unterstütze den vorliegenden, interfraktionellen Gegenantrag grossmehrheitlich aus voller Überzeugung. Er möchte an dieser Stelle auch nicht verschweigen, dass er sich über die heutige Diskussion einerseits freut, andererseits aber auch mit einer gewissen Ernüchterung auf den bisherigen Verlauf zurückblickt. Denn die Frage, ob sich die Gemeinde Binningen am Projekt «Naturbad St. Margarethen» beteiligen soll, stellt sich aus seiner Sicht nicht erst seit einigen Wochen oder Monaten. Die Bedeutung dieses Projekts für unsere Gemeinde, für Familien, für Kinder und Jugendliche, für Sporttreibende und für die gesamte Region ist seit Jahren erkennbar. Umso erstaunlicher war für ihn die Haltung des Gemeinderats und der Gemeindeverwaltung in den vergangenen Jahren. Es entstand immer wieder der Eindruck, dass man sich diesem Anliegen möglichst nicht annehmen wolle. Später wurde es zwar aufgenommen, allerdings eher zögerlich und zurückhaltend. Ein echtes Bekenntnis zum Projekt war lange nicht erkennbar. Erst als der Einwohnerrat in diesem Frühjahr zwei Postulate, eines von Gaida Löhr und eines des Votanten, zur Behandlung zugelassen und einstimmig als dringlich überwiesen hat, kam endlich Bewegung in die Sache. Dieses einstimmige Votum war ein starkes Signal dieses Parlaments. Es zeigte deutlich, dass über alle Parteigrenzen hinweg ein Bedürfnis besteht, dieses Anliegen ernsthaft zu prüfen und zu einer Lösung zu kommen.

Dass danach innert kurzer Zeit ein Vorschlag des Gemeinderats präsentiert wurde, ist grundsätzlich zu begrüßen. Weniger erfreulich war jedoch dessen Ausgestaltung. Denn bei näherem Hinsehen zeigte sich, dass ein beträchtlicher Teil des angeblichen Unterstützungsbeitrages gar nicht direkt der Realisierung des Naturbads zu Gute kommen sollte. Damit entstand eine Diskrepanz zwischen der kommunizierten Summe und dem tatsächlichen Investitionsbeitrag. Genau hier setzt der heute vorliegende Gegenantrag an. Der Votant findet, man dürfe durchaus hervorheben, was hier gelungen sei. Vertreterinnen und Vertreter sämtlicher Fraktionen haben sich zusammengesetzt, unterschiedliche Sichtweisen eingebracht und gemeinsam nach einer tragfähigen Lösung gesucht. Das Ergebnis ist kein Maximalantrag irgendeiner politischen Richtung. Es ist ein ausgewogener Kompromiss. Ein Kompromiss, der den Anliegen des Projekts Rechnung trägt, aber gleichzeitig auch die Interessen der Binninger Bevölkerung

berücksichtigt. Die 750 000 Franken sollen vollumfänglich in die Realisierung des Naturbads fließen. Genau dort werden sie jetzt gebraucht. Genau dort entfalten sie die grösste Wirkung. Gleichzeitig wird der Gemeinderat beauftragt, für die Bevölkerung attraktive Eintrittsbedingungen auszuhandeln und den unentgeltlichen Zugang für die Binninger Schulklassen sicherzustellen. Das ist aus Sicht des Redners eine wesentlich nachhaltigere Lösung als ein Modell mit Gratiseintritten. Das Bad erhält von Beginn an eine solidere finanzielle Basis, generiert eigene Einnahmen und erhöht damit seine wirtschaftliche Tragfähigkeit. Gleichzeitig profitieren die Einwohner/innen ganz konkret von unserem Engagement.

Dabei sollte man eines nicht vergessen: Das Naturbad ist nicht einfach irgendein Bauprojekt. Es ist ein Projekt mit hoher ideeller Bedeutung. Es steht für Lebensqualität, Naherholung, Bewegung, Familienfreundlichkeit und für die Attraktivität unseres Wohnstandorts und dies seit mehr als 125 Jahren. Vor allem aber steht es für das ausserordentliche Engagement vieler Menschen, die sich seit Jahren mit Herzblut für dessen Realisierung einsetzen. Der Verein Sonnenbad St. Margarethen und die eigens gegründete Stiftung haben in den vergangenen Jahren enorm viel Arbeit geleistet. Ohne dieses Engagement ständen wir heute nicht an diesem Punkt. Es ist deshalb auch eine Frage der politischen Verlässlichkeit, ob man diesem Projekt die Unterstützung gewährt, die es verdient. Der vorliegende Gegenantrag schafft Klarheit. Er schafft Transparenz und die Voraussetzung, dass aus einem lange diskutierten Vorhaben endlich Realität werden kann. Der Votant ist überzeugt, wenn der Rat heute ein starkes Signal senden will, dann sollte er diesen interfraktionellen Antrag unterstützen. Alles andere würde nicht nur hinter den Erwartungen dieses Rats zurückbleiben, sondern auch unnötige Unsicherheit für das Projekt, die Stiftung und alle Beteiligten erzeugen. Er plädiert dafür, diese Chance nicht ungenutzt zu lassen, dem Gegenantrag zuzustimmen und einen substanziellen Gemeindebeitrag zugunsten der Bauplanphase eins zu ermöglichen mit einem nachhaltigen Nutzen für die Binninger Bevölkerung.

Rahel Amacker, Mitte/GLP führt aus, die Anwesenden haben es gehört, das Sonnenbad ist für viele Menschen in Binningen ein beliebter Freizeitort und Treffpunkt. Solche Orte gibt es in Binningen nicht im Überfluss. Es wurde auch erwähnt, dass der Sanierungsbedarf offensichtlich sei. Man möchte den langfristigen Weiterbetrieb sichern, daher macht man ein Projekt, um das Bad für die Zukunft fit zu machen. Dabei sind die Nachhaltigkeitsaspekte konsequent mitgedacht. Die Mitte/GLP unterstützt die Bewilligung des Unterstützungsbeitrags. Es wird hier in einen beliebten Ort, in Lebensqualität und in Nachhaltigkeit investiert. Die Rückgabe eines Teils des Betrags in Form von Gratistickets oder vergünstigten Eintrittten für die Binninger Bevölkerung sehen sie als klugen Ansatz. Es sorgt dafür, dass die Bevölkerung unmittelbar von der Investition profitiert, gleichzeitig ist es auch eine Chance für das Sonnenbad. Menschen, die das Angebot noch nicht oder selten nutzen, lernen es kennen und kommen vielleicht wieder. Die Fraktion sieht darin eine Win-Win-Situation für die Bevölkerung und das Sonnenbad. Sie stellen jedoch den Antrag, dass es ein kleinerer Anteil des von der Gemeinde investierten Betrags sein soll als vorgesehen, und zwar 250 000 Franken, und dass die Gemeinde und das Sonnenbad mehr Flexibilität haben. Es müssen nicht nur Gratiseintritte, sondern es können auch Vergünstigungen sein. Das können die Gemeinde und das Sonnenbad gemeinsam klären. Dieser Antrag ist als Kompromissidee zwischen dem Antrag des Gemeinderats und dem interfraktionellen Antrag entstanden. Es handelt sich um einen etwas schlankeren Antrag, der aber trotzdem die wichtigsten Punkte aufnimmt.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP macht zuerst ein paar allgemeine Ausführungen zum Antrag, damit nochmals klar ist, was der Gemeinderat mit seinem Antrag möchte. Er könnte jetzt natürlich sagen, er habe es genauso getimt, dass der Antrag zum Sonnenbad heute an diesem Tag mit 36 Grad Hitze in Binningen in den Einwohnerrat kommt. Das wäre aber leicht übertrieben. Hätte er das mit der Hitze gewusst, hätte er vielleicht eine Sitzung vor Ort am Pool im Sonnenbad beantragt. Nichtsdestotrotz ist die Hitze ein Omen und für einmal ein gutes Omen. Sie zeigt, dass die Situation zunimmt, dass man immer mehr mit Hitzetagen rechnen muss und diese auch immer extremer werden und dass Abkühlung gerade in Binningen, als heisse Insel in der Schweiz, hoch willkommen ist. Der Votant möchte die Gelegenheit für einen speziellen Dank an die anwesenden Gäste des Vereins Sonnenbad nutzen für die langjährige Leistung, die dieser private Verein mit seinen Vereinsmitgliedern leistet für Binningen, für die Binninger

Bevölkerung aber auch darüber hinaus z.B. für das anstossende Basel. Es wird hier auch etwas für Basel geleistet. Das darf man auch einmal erwähnen. Sonst heisst es immer, wir würden nur profitieren. Dieser private Verein steht stellvertretend für viele andere Binninger Vereine, die jahraus jahrein freiwillig enorme Leistungen für unsere Bevölkerung erbringen. Dafür einmal ganz herzlich Danke.

Er freut sich, dass heute über das Traktandum der Unterstützung des Sonnenbads Beschluss gefasst werden kann. Der Beschluss muss heute gefasst werden. Die Diskussionen waren lange und diverse Gespräche wurden intensiv geführt. Er muss dem Fraktionssprecher der FDP ein wenig widersprechen. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat nie etwas gemacht und sich nie mit dem Sonnenbad auseinandergesetzt hat. Der Gemeinderat steht zum Sonnenbad und er macht das nicht erst jetzt. Er hat nämlich immer schon zu diesem Bad gestanden. Es wurden schon Beiträge an den Ersatz der Wasseraufbereitungsanlage geleistet, der sanitären Anlagen in den Jahren 2005, 2008 und 2015 wieder und es wurden auch Realleistungen getätigt. Es wurde schon einiges gemacht. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Unterstützung geleistet werden muss. Das ist ganz wichtig. Es ist ein beliebtes Freizeitangebot. Es geht um Freizeit, nicht um Sport. Es geht um Freizeit für die Bevölkerung. Die steigenden Nutzerzahlen zeigen dies. Der schlechte Zustand des Bads macht eine Gesamtsanierung unumgänglich. Der deutliche Mehrwert des Bads für die Bevölkerung ist offensichtlich. Es wird viel attraktiver auch in Sachen Nachhaltigkeit. Der Binninger Betrag hat eine wichtige Bedeutung für die Gewinnung von zusätzlichen Drittmitteln, namentlich dem Swisslos-Fonds. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es auch einen direkten Mehrwert für die Binninger Nutzer/innen geben soll in Form von Gratiseintritten. Ganz kurz: Das projektierte Naturbad wäre mehr als doppelt so gross wie das heutige Bad. Das Kleinkinderbecken, das steht in der Vorlage, wird von 9,9 qm auf 60 qm vergrössert. Das ist natürlich eine wichtige Sache. Bzgl. Nachhaltigkeit, das kann man auch in der Vorlage lesen, ist primär wichtig, dass man mit diesem Projekt weg von der Chemie in den ökologischen Kreislauf geht. Das ist natürlich ein Meilenstein. Auch die klimaneutrale Energieerzeugung usw. Der Antrag des Gemeinderats beläuft sich auf 750 000 Franken, davon ein Investitionsbeitrag von 250 000 Franken und einen Anteil von 500 000 Franken, der in Form von Gratiseintritten an die Bevölkerung zurückfliessen würde. Über die Modalitäten muss nicht heute Abend entschieden werden. Das kann man in jedem Fall bei allen Anträgen später machen.

Der zuständige Gemeinderat möchte noch zwei Punkte erwähnen, die ihm wichtig sind. Weshalb hat der Gemeinderat die Abwägung gemacht? Das Sonnenbad ist eine private Einrichtung und die Gemeinde wendet hier Steuergelder auf. Öffentliche Gelder an eine private Einrichtung, die gemeinnützig organisiert ist, können gesprochen werden, wenn es ein Beitrag im öffentlichen Interesse ist. Aber es muss sorgfältig mit den Steuergeldern umgegangen werden. Das war dem Gemeinderat immer bewusst und das hat auch zu längeren Diskussionen geführt. Zu recht. Man muss auch sagen, der Beitrag wird so gegeben, damit die erste Etappe eingeleitet werden kann. Es wurde keine Due Diligence vom Projekt gemacht, wie man dies vielleicht sonst machen würde, wenn man ein Objekt übernehmen oder eine Public Private Partnership usw. machen würde. Das wurde nicht gemacht. Der Gemeinderat gibt den Betrag einfach aufgrund des Businessplans, aufgrund des Projekts, damit die erste Etappe realisiert werden kann. Es muss aber eine gewisse Sorgfalt angewendet werden. Es kann nicht einfach alles versprochen werden, denn am Schluss spricht man von Steuergeldern. Er kommt zum Schluss des allgemeinen Teils: Es ist richtig, jetzt einen Beitrag zur Unterstützung des Projekts «Naturbad» zu sprechen. Das Sonnenbad leistet nicht nur heute und seit Jahrzehnten einen enorm wertvollen Beitrag an das Freizeitangebot in Binningen. Das projektierte Naturbad steigert den Mehrwert in Sachen Nachhaltigkeit, aber auch in Bezug auf die Attraktivität für die Bevölkerung nochmals deutlich. Es muss Sorge getragen werden zum Freizeitangebot in Binningen. Das ist gerade in diesen Zeiten, wo man spürbare klimatische Veränderungen hat, wichtig. Wie gesagt: Der Binninger Beitrag ist der Türöffner für weitere Beiträge.

Es gab noch Fragen von Seiten der SVP. Die erste Frage hat er akustisch nicht ganz verstanden. Offenbar geht es um die Finanzierung der zweiten Etappe. Man kann sagen: Ja, das Projekt ist ambitioniert. Ja, das Projekt hat auch gewisse Risiken. Wichtig ist, dass es in Gang kommt. Daher hat man es von Seiten der Stiftung Sonnenbad etappiert, damit es möglich wird. Jetzt ist man bei der ersten Etappe. Die erste

Etappe kann man mit dem Binninger Beitrag stark voranbringen, wenn nicht sogar den entscheidenden Kick geben, wenn man weitere Drittbeiträge miteinbezieht, die an diesem Beitrag hängen. Bei der zweiten Etappe müssen wieder, so ist die Absicht der Stiftung Sonnenbad, Gelder gesammelt werden. Aber wenn Binningen heute diesen Beitrag spricht, in welcher Form auch immer, setzen die Anwesenden ein wichtiges Signal nach aussen, dass das Bad auch von der Heimatgemeinde unterstützt wird. Dann gibt es die Chance, dass weitere Beiträge kommen. Dann wurde von der SVP auch gefragt, ob sich der Gemeinderat den Risiken dieses Projekts bewusst ist und ob man nicht nachschieszen müsse. Nein, es gibt keine rechtliche Verpflichtung, dass die Gemeinde irgendetwas nachschiesst, und eine solche wird auch nicht eingegangen. Es wäre wieder ein Entscheid, den man fällen müsste. Das Projekt hat gewisse Risiken. Aber wenn man die Vereinbarung mit dem Sonnenbad macht, muss eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet werden, die rechtlich standhält. Dort könnte man eine Rückzahlungspflicht vorsehen, wenn das Projekt nicht zustande kommen sollte. Es ist nicht so, dass die Gemeinde das Steuergeld einfach verprasst.

Vielleicht noch zu den diversen Anträgen: Der Votant hat von den Grünen und der FDP gehört, dass lieber vergünstigte Tickets und eine Erhöhung des Investitionsbeitrags gewünscht sind. Es gibt einen Antrag der Mitte, bei dem man auch gesagt hat, man verschiebe den Anteil Investition und den Anteil Grattickets. Er weiss nicht, ob man allenfalls ein kurzes Time-Out machen sollte, denn die Anträge haben dem Gemeinderat nicht vorgelegen. Er findet, man sollte dies kurz miteinander anschauen. Der zuständige Gemeinderat ist relativ zuversichtlich, dass heute Abend ein Beschluss gefällt werden kann.

Präsident Thomas Häfele, FDP informiert, es gebe eine lange Rednerliste. Wenn sich der Gemeinderat während dieser Voten zurückziehen möchte, um sich auszutauschen, ist er herzlich dazu eingeladen.

Christian Schmid, SVP möchte noch ein paar Gedanken teilen. Erstens: Es würden nicht alle profitieren. Z.B. sehr alte Personen könnten sehr wahrscheinlich nichts ins Sonnenbad gehen. Dann möchte er auch erwähnen, dass diese Ausgabe irgendwo durch auch gefährlich sein könnte. Wenn er den Voten auf der anderen Ratsseite vorhin bei der Rechnung zugehört hat, stehen Binningen düstere Zeiten bevor und jetzt hier fast eine Million Franken zu sprechen für das Sonnenbad... Für den Redner handelt es sich um einen gefährlichen Präzedenzfall. Es wird einem Verein fast eine Million Franken gegeben. Nächstes Jahr kommt dann vielleicht der SC Binningen und übernächstes Jahr der Porsche Club Binningen. Irgendwann kann dann jeder kommen. Zudem möchte der Redner anmerken, dass Basel-Stadt Eigentümer des Grundstücks ist. Als Information für die Anwesenden: Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten fünf Jahren 1,5 Mia. Franken Überschuss gemacht. Die hätten das Geld, wenn sie wollen würden. Er versteht nicht, wieso der Gemeinderat nicht einen Deal machen möchte. Man gibt das Geld, will aber als Garantie x Quadratmeter. Das könnte man machen, um eine Garantie von der anderen Partei zu erhalten. Er denkt auch an die Bodeninitiative, die in Binningen angenommen wurde. Es wäre vielleicht eine Möglichkeit. Der Votant ringt sich dazu durch, der Mehrheit seiner Fraktion zu folgen, indem er bei einer vollständigen Rückerstattung an die Bevölkerung dabei wäre. Mehr geht für ihn gar nicht, denn es ist in seinen Augen keine Staatsaufgabe. Noch eine letzte Frage an den Gemeinderat: Könnte man, wenn z.B. die Primarschulklassen das Sonnenbad nutzen könnten, auf den Schwimmunterricht im Hallenbad Spiegelfeld vollständig verzichten und vielleicht so eine Kostenreduktion erreichen?

Gaida Löhr, SP antwortet, dass die Schulen das ganze Jahr schwimmen. Das Sonnenbad ist nicht als ganzjähriges Schwimmbad geplant. Sie ist sehr dankbar, dass der Gemeinderat seine Meinung geändert hat. Die Rednerin findet auch die Wertschätzung in der Vorlage und die Wertschätzung, die Gemeinderat Marc Schinzel vorhin geäussert hat und die auch viele ihrer Vorredner/innen erwähnt haben, sehr begrüssenswert. Sie ist sehr dankbar und froh darum. Zum Eigenlob von Marc Schinzel möchte sie aber erwähnen, dass der Gemeinderat im Jahr 2023 einen Antrag abgelehnt hat. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat immer nur unterstützt hat. Der Antrag, den Peter Frauchiger vorgestellt hat, ist ein Kompromiss. Darum wurde relativ lange gerungen. Es hat sich nicht jemand völlig durchgesetzt, sondern man hat sich bemüht. Es geht darum, dass einerseits die Sanierung stattfinden kann. Dafür muss Geld an die Stiftung und das muss so funktionieren.

Das Zweite ist die Frage, ob man der Bevölkerung etwas zurückgibt. Sie findet dies eine relativ neue Idee. Binningen unterstützt viele Vereine, die sehr viel für Binningen machen. Sie machen das nie für alle Binninger/innen, sondern sie machen es für einige. Sportvereine, Kulturvereine usw. sind alle vorhanden und werden von der Gemeinde unterstützt, mehr oder weniger grosszügig. Aber es ist etwas Selbstverständliches und nicht jeder Verein muss etwas zurückgeben. Die Gemeinde macht dies nicht nur aus Nächstenliebe, sondern weil es ein Mehrwert für die Bevölkerung ist. Schon nur die Sanierung des Sonnenbads ist für sehr viele Binninger/innen ein Mehrwert. Wenn dieser Mehrwert geschaffen wird, und wir bezahlen etwa 10 Prozent an diesen Mehrwert im Ganzen oder 20 Prozent für die erste Etappe, dann erhalten wir immer noch 80 Prozent geschenkt. Basel-Stadt hat übrigens schon 2 Mio. Franken gesprochen mit der CMS und wird im Grossen Rat ev. auch noch etwas sprechen. Es ist nicht so, dass die nichts machen. Sie besitzen den Boden und geben ihn deutlich günstiger, als wir dies üblicherweise machen. Und Vereinsmitglieder sind auch zu einem grossen Teil Baselstädter/innen und die leisten Gratisarbeit. Es ist nicht so, dass Basel-Stadt nur profitiert, sondern es ist ein Geben und Nehmen. Es ist ihr wichtig, dass dies klar ist.

Die Votantin befürchtet, wenn man jetzt schon zu viel festlegt, das zurückfliessen muss, hat man danach ev. ein saniertes Sonnenbad und einen Verein, der Bankrott macht. Wir erwarten schliesslich, dass der Verein in irgendeiner Form Einnahmen generieren kann, sonst kann er den Unterhalt nicht finanzieren. Bekanntlich unterstützt die Gemeinde andere Bäder, das Bottminger Bad mit jährlich einer viertel Million Franken. Wir erwarten, dass das Sonnenbad die Preise senkt und selbstverständlich rentieren soll. Die Votantin findet es richtig, und das Sonnenbad hat es auch angeboten, dass etwas zurückfliesst. Aber sie findet es genauso wichtig, dass man auch dazu Sorge trägt. Daher gibt es ja die Regelungen der Immobilien Basel, dass das Sonnenbad auch rentieren kann. Man rechnet mit mehr Eintritten. Sie findet aber, man könne nicht einfach Geld vom Sonnenbad verlangen dafür, dass sie den Betrieb leisten, und dann noch sagen, es solle billiger sein, wir wollen Gratisseintritte und rentieren müsst ihr auch. Aus diesem Grund unterstützt die Votantin nach wie vor den gemeinsamen Antrag, der ausgearbeitet wurde.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP hat den Eindruck, dass das Sonnenbad unumstritten ist, sei hier im Saal allen klar. Darüber muss man nicht diskutieren. Der Redner ist allerdings erstaunt. Heute Abend wird unter Traktandum 12 über das Sonnenbad diskutiert und er liest am 11. Juni in der Basler Zeitung, dass die Gemeinde Binningen 750 000 Franken bezahlt. Es werden Tatsachen geschaffen, bevor der Einwohnerrat überhaupt darüber abgestimmt hat. Er wird sich nicht unbedingt beliebt machen, aber so ist der Votant nun mal und er hat einige Dinge zu sagen. Es wird vom Sonnenbad gesprochen. Der Vorschlag des Gemeinderats sind 250 000 Franken und 500 000 Franken gehen zurück in Form von Eintritten. Dem Redner stellt sich die Frage, ob man die Bevölkerung gefragt hat, ob die Gemeinde rund 68 000 Gratisseintritte für das Sonnenbad offerieren soll, die sie einem privaten Verein bezahlt. Der Verein erhält von der Gemeinde Geld. Wenn man als Privater von der Gemeinde Geld erhält, dann kommt man vielleicht von alleine auf die Idee: «Es ist toll, dass ich etwas erhalte. Ich gebe euch dafür so und so viel zurück.». Aber dass wir diesen Kick-back noch finanzieren, sieht er überhaupt nicht ein.

Weiter stellt sich für ihn die Frage: Das ist jetzt die erste Etappe. Was kommt dann mit der zweiten Etappe? Finanziert die Gemeinde dann wieder? Kommt das Ganze dann noch einmal? Wenn er die Besucherzahlen des Sonnenbads auf der Webseite anschaut, dann sind es rund 18 000 Besucher/innen im Jahr. Dies natürlich verteilt über die Schönwetterperiode. Also nicht das ganze Jahr, sondern nur im Frühling, Sommer bis in den Spätherbst, wo sich die 18 000 Besuchenden zählen. Ein grosser Teil der Besucher des Sonnenbads ist sicher auch aus Basel-Stadt, dem Gundeli. In Binningen gibt es viele Leute, die kleine Gärten, grüne Oasen zu Hause haben und das Sonnenbad nicht unbedingt brauchen. Im Gundeli, das viel dichter besiedelt ist und wo es auch Wohnungen ohne Balkone gibt, ist der Bedarf des Sonnenbads, wo es den Leuten unter den Nägeln brennt, dass man so etwas hat, seines Erachtens noch viel grösser als in Binningen. Er ist der Meinung, man müsste schauen, dass man den Kanton oder auch die Christoph-Merian-Stiftung, die schon genannt wurde, mit einem sehr namhaften, grossen Beitrag mit ins Boot holen könnte und nicht einfach wohlwollend finanzieren. Das ist zwar löblich und schön, alles

gut und recht. Ihm geht es einfach gegen den Strich, dass man den Kick-Back selbst finanziert. Das findet er gar keine gute Lösung.

Brigitte Schori, FDP möchte daran erinnern, dass ursprünglich von Investitionen von 1,5 Mio. bis knapp 10 Mio. Franken die Rede war. Der Businessplan auf Seite 14 zeigt, dass die Finanzierung mittels Spenden, Freundeskreis, Gemeinden und Partnerschaften erfolgen soll. Das heisst, die Finanzierung und der langfristige Unterhalt und Betrieb sind nicht sichergestellt. Sie bezweifelt, dass die Ertragskraft ausreichen wird. Die Gemeinde soll jetzt 750 000 Franken sprechen. Das ist viel. Ursprünglich hiess es einmal, es sei einfach nötig, dass die Gemeinde einen Beitrag spricht, damit Swisslos Gelder frei macht. Die Votantin findet es schade, dass die Modalitäten nicht definiert sind. Das Sonnenbad hat 22 Prozent Binninger/innen, die dorthin gehen. Das sind ungefähr 4400 Eintritte. Sie ging von 20 000 nicht von 18 000 Eintritten aus, wie es ihr Vorredner erwähnt hat. Das heisst, wenn man eine halbe Million Franken, die man gibt, durch den Eintrittspreis von 8 Franken rechnet, wären es 62 500 Eintritte. Wenn man jetzt grosszügig ist und sagt, 5000 Binninger/innen besuchen das Sonnenbad, dann wären dies Gratisseintritte für 12,5 Jahre. Wenn man bedenkt, dass 22 Prozent Binninger/innen sind, dann ist das knapp ein Viertel des Ertrags, der aus Eintritten generiert wird und der fehlen würde. Sie sieht dies bei der Finanzierungslage als problematisch an. Wenn der Rat den Mitte-Antrag unterstützen würde, dass nur 250 000 Franken für die Eintritte zur Verfügung stehen, dann wären das immerhin 6,25 Jahre. Auch das ist noch viel. Die Rednerin möchte in Erinnerung rufen, dass Binningen ein Hallenbad mit gut 85 000 Eintritten hat und wie schon erwähnt, wird das Gartenbad in Bottmingen mit einem Beitrag unterstützt. Sie findet es wichtig, alles auch etwas in Relation zu sehen.

Nach Ansicht von *Olivier Kremo, SVP* ist die wichtigste Feststellung, dass sich die Anwesenden eigentlich grossmehrheitlich einig sind, dass das vorliegende Projekt realisiert werden soll. Einzig im Weg ist man sich noch nicht einig. Vielleicht zuerst zum Votum von Lewin Lempert: Die 750 000 Franken fliessen zur Stiftung, während die Gratisseintritte einfach buchhalterisch sind. Es fliesst kein Geld aktiv zurück. Die 750 000 Franken können auf jeden Fall für den Bau verwendet werden. Der Votant ist der Meinung, die Gratisseintritte seien eine wichtige Legitimation, damit man die Unterstützung der Bevölkerung hat. Logischerweise kann man die Anzahl Gratisseintritte auch reduzieren. Aber er fände es wichtig. Mit den Gratisseintritten gibt es auch eine Chance für das Sonnenbad, neue Besuchende zu gewinnen, die das Bad vielleicht einmal ausprobieren und dann dortbleiben. Wenn man es auf 16 000 Personen ausrechnet, sind es vielleicht 5 bis 7 Eintritte pro Person. Er hat den Eindruck, es werde bewusst in Kauf genommen, dass es gar nicht alle wahrnehmen können, sondern nur die, die interessiert sind. Das gehört halt dazu bei solchen Gratisangeboten. Der Redner hat gewisse Sympathien für den Gegenvorschlag. Er glaubt aber, es gebe dabei einfach zu viele Mitnahmeeffekte von Vielnutzerinnen und Vielnutzern, die dies ausnutzen. Wenn man von 10 Jahren redet, dann sind es 10 Jahre Belastung für den Verein. Wichtig scheint ihm, dass eine Vorlage vorliegt und klar ist, dass der Rat jetzt beschliessen muss, damit man vorwärts machen kann. Daher findet er, man solle nicht noch komplizierte Sachen machen. Es muss heute etwas Gutes beschlossen werden. Kurz als Anmerkung zu Basel-Stadt: Dort wird von 5 Mio. Franken geredet. Ob der Grosse Rat dies bewilligt ist eine andere Frage. Aber der Vorstoss hat Sympathien in allen Fraktion. Der Votant ist zuversichtlich, dass auch Basel-Stadt hinter diesem Projekt stehen wird.

Peter Frauchiger, FDP meldet sich nochmals mit ein paar kleineren Punkten. In den Niederungen der Details. In der BPK unter dem Präsidium von Lewin Lempert, die Frau des Redners ist auch dabei, wurde die Birkenstrasse diskutiert. Er durfte vernehmen, dass mit einem kleinen Votum 200 000 Franken eingespart werden konnten. Hier tönt es bei 500 000 / 700 000 Franken so, als ob es fast nicht mehr gehen würde und es die Gemeinde an die Grenze jeglichen Budgetrahmens bringen würde. Er findet das befremdlich und schämt sich fast etwas dafür, dass man hier so abweisend ist gegenüber einem Freizeitangebot, das von klein bis gross, von welcher Gesinnung auch immer besucht werden kann. Der Votant erinnert gerne nochmals daran, dass man beim «Donnstig-Jass» letztes Jahr ganz stolz war auf den super Auftritt im Schweizer Fernsehen, den sicher viele gesehen haben. Es sind ca. drei Institutionen darin vorgekommen. Eines davon war das Sonnenbad. Da hat sich Binningen wirklich ins Zeug gelegt, dass das

Sonnenbad sich präsentiert und zeigt, wie toll die Gemeinde ist, vielleicht auch für Neuzuzüger. Und jetzt sind wir hier in einer Verteilung, Ausgangslage Gemeinderatsantrag. Der Votant meint, man müsse sich einmal vorstellen, Gemeinderat Marc Schinzel bringe seiner Frau neun Rosen nach Hause, nehme sechs wieder weg und sage: «Nur drei sind für dich. Sechs nehme ich wieder zurück, bringe sie morgen ins Geschäft und stelle sie in die Vase.». Das ist die Ausgangslage. Man spricht 750 000 Franken und verlangt 500 000 Franken wieder zurück. Von den neun Rosen gehen drei zurück. Oder man schenkt einem Kind eine Schokolade. Es hat diese schon im Mund, dann sagt man: «Nein, nur die zwei ersten Riegelchen sind für dich. Der Rest kommt zurück zu mir.». Er findet dies recht befremdlich.

Charlotte Marti, SVP ist ehrlich gesagt etwas deprimiert. Binningen kann stolz darauf sein, was es hat. Es gibt ein Ortsmuseum, den Sportplatz Spiegelfeld, ein Lego Museum, eine Sternwarte, das Binninger Schoss und ein Sonnenbad. Das Sonnenbad wurde schon im Fernsehen gezeigt. Es wurde präsentiert und man war stolz, dass man das Sonnenbad zeigen dürfte. Jetzt wird wegen 750 000 Franken diskutiert, ob man diesen Kredit geben will, in was, wo etc. Die Votantin findet das lächerlich. Sie bittet die Anwesenden, zum Schluss zu kommen und das Ganze gutzuheissen, damit mit dem Projekt vorwärts gemacht werden kann. Damit man auch für die nächste Generation in Binningen etwas hat, bei dem man sagen kann: «Bravo Binningen. Wir haben das gemeinsam gemacht.».

Felix Gerber, Mitte/GLP führt aus, der Einwohnerrat diskutiere hier über Investitionsbeiträge. Man hat sich offenbar geeinigt, dass es 750 000 Franken sein sollen. Damit sind alle einverstanden. Die Ratsmitglieder wissen aber überhaupt nicht, wie die Zahl zustande gekommen ist. Jetzt diskutiert man noch darüber, wie viel zurück an die Bevölkerung fliessen soll. Es ist erstens nicht klar, wieviel benötigt wird, damit der Bau starten kann, den alle hier unterstützen möchten. Es ist nicht klar, wie gross der Hebel Swisslos ist. Würde es auch reichen, wenn die Gemeinde nur 100 000 Franken sprechen würde? Wieviel kann damit ausgelöst werden? All diese Zahlen fehlen im Bericht. Der einzige vorliegende Fakt ist, es steht, dass es gemeinsam mit dem Sonnenbad ausgehandelt wurde. Das heisst, der Gemeinderat hat einen massiven Wissensvorsprung. Der Redner würde dem Gemeinderat mit aller Überzeugung folgen wollen, weil der Gemeinderat mit dem Sonnenbad gesprochen und den Vorschlag gemacht hat. Jetzt gibt es offenbar Fragen von allen Seiten. Daher bittet er den zuständigen Gemeinderat, ihm den Gefallen zu tun, diese Vorlage nach Hause zu bringen. Wieso sollen es 750 000 Franken sein? Und wieso soll es die halbe Million Franken an Gratiseintritten sein? Damit dies alle Einwohnerratsmitglieder verstehen können. Dass sie verstehen können, dass so der Baubeginn starten kann. Dass alle Anwesenden dem Gemeinderat glauben können, dass das Sonnenbad einverstanden ist und dies die beste Lösung ist. Dann würde er dies sehr gerne unterstützen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP hat auch eine Frage zur Klarstellung. Wie Olivier Kremo gut gesagt hat, ist es eine buchhalterische Frage, was mit dieser Rückzahlung passiert. Buchhaltung ist nicht die Stärke der Rednerin. Das muss sie zugeben. Aber wenn man jemandem Geld gibt und der verspricht einem etwas dafür, dann hat er das Geld buchhalterisch gesehen nicht. Das Geld ist dann an einem Ort in der Bilanz, in den Passiven oder wo auch immer. Auf jeden Fall ist das Geld für etwas Anderes gesprochen, nämlich für die Gratiseintritte. Wie funktioniert es buchhalterisch, dass die Stiftung trotzdem solvent bleibt, um das alles investieren zu können? Wie kann man garantieren, dass später nicht die Stiftungsaufsicht kommt und sagt, sie seien insolvent, da sie zu viele Schulden bei der Gemeinde haben? Sie wäre froh, wenn ihr das jemand erklären würde, damit sie weiss, dass es keine Rolle spielt, wie viele Gratiseintritte das Sonnenbad uns verspricht. Die Rednerin findet es auch sinnvoller, wenn man den Betrag nach und nach zurückerhält. Wenn im ersten Jahr ganz viele Leute mit ihren Gratiseintritten ins Sonnenbad gehen, hat das Bad verfälschte Besucherzahlen, mit welchen in den Folgejahren nicht gerechnet werden kann, und eine grosse Menge fehlender Einnahmen. Wenn hingegen trotzdem Leute aus Binningen kommen, im Sonnenbad baden wollen und einfach etwas weniger bezahlen, dann haben sie nach dem Verständnis der Votantin trotzdem Einnahmen. Das findet sie viel sinnvoller. Es ist aber vielleicht etwas naiv.

Stefan Kaiser, FDP möchte ins gleiche Horn stossen, wie sein Vorredner. Er würdigt die Arbeit des Vereins sehr, was sie dort oben alles auf freiwilliger Basis machen. Was ihn etwas erstaunt, sind die 750 000 Franken. Die Höhe, die der Gemeinderat einfach so gesprochen hat. Ihm ist nicht klar, und es steht auch nicht, was wirklich benötigt wird, damit diese Sanierung des Sonnenbads sichergestellt werden kann. Mit der Höhe, die der Rat heute spricht resp. einfach die Zusage der Gemeinde, löst ja einen Zusatzbeitrag des Lotteriefonds aus. Es wäre sicher spannend gewesen für den Rat heute hier zu wissen, was denn das genau alles bedeutet. Vielleicht hätten statt 750 000 Franken auch 200 000 Franken, 400 000 Franken oder was auch immer gereicht. Dann würde man wahrscheinlich nicht so ewig lange an dieser Geschichte herumdiskutieren.

Dunja Bühler, FDP möchte sich allen anschliessen. Sie findet das Votum von Charlotte Marti sehr treffend. Man darf nicht vergessen, auch das Riehener Naturbad wurde ein grosser Anziehungspunkt nach dem ganzen Umbau. Zweitens gibt es hier einen Verein, der auf diesem Ostplateau für uns alle eine Möglichkeit bietet, einzukehren und Leute zu treffen. Das gibt es sonst in der Gemeinde nicht. Es gibt diese Möglichkeit auch nicht auf dem Westplateau. Es gibt immer mehr Verdichtung in Binningen. Die Votantin findet, man müsse so etwas schützen. Mit dem vielen Geld, das die Gemeinde auf der Seite hat, findet sie es ehrlich gesagt fast etwas beschämend, dass man sich hier so mühevoll durchringt die 750 000 Franken zu sprechen und wie man sie spricht, mit Rückvergütung oder nicht. Auch sehr speziell findet sie, dass der Gemeinderat so schnell an die Medien gegangen ist mit diesem Vorstoss, was man hier für das Sonnenbad sprechen möchte. Das findet sie speziell, nachdem das Parlament dies heute hier als Traktandum hat. Nochmals: Die Rednerin findet, Binningen sollte dankbar sein, einen Verein zu haben, der so etwas organisiert. Sie ist ganz stark der Meinung, dass der Rat zu einem Punkt kommen und abstimmen sollte. Man sollte den Leuten ein Zeichen setzen und ihnen für die Arbeit, die sie machen, danken und auch allen anderen Vereinen.

Karin Müller, SP würde, falls sie nicht eh schon die Letzte auf der Rednerliste ist, den Antrag stellen, diese zu schliessen, die Fragen noch zu beantworten und dann abzustimmen.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Schliessung der Rednerliste: 36 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 15)

://: Die Rednerliste wird geschlossen.

Roman Oberli, SVP fand das Votum von Felix Gerber gut. Der Gemeinderat wurde in der Vergangenheit oft kritisiert. Seine Fraktion gehört auch oft zu den Kritikern. Anhand der Ausgangslage und da der Gemeinderat mit dem Sonnenbad gesprochen hat, kann man auch einmal etwas Vertrauen in den Gemeinderat haben. Es wurde viel über das Erhöhen oder Reduzieren des Anteils der Gratiseintritte gesprochen. Wenn es für sie eine Option wäre, wäre es auch für die SVP eine Option, ihren Antrag zurückzuziehen und sich mit dem Gemeinderatsantrag anzufreunden. Die beiden Parteien haben effektiv miteinander gesprochen. Der Votant ist überzeugt, dass sie sich dabei etwas überlegt haben. Man kann es ihnen auch offenstellen, ob es Gratiseintritte sein müssen, unabhängig, oder ob man einfach immer zwei für eins macht. Dann hätten mehr Leute über einen längeren Zeitraum etwas davon. Er ist der Meinung, hier könne man dem Gemeinderat etwas Vertrauen entgegenbringen. Wenn die anderen dabei wären, würde er seinen Antrag auch zurückziehen.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP hat es akustisch nicht verstanden. Er fragt nach, ob Roman Oberli den Antrag der SVP zurückzieht.

Roman Oberli, SVP erklärt, sein Vorschlag sei gewesen, ob man Konsens finden würde, dass die SVP und die Mitte/GLP ihren Antrag zurückziehen, um dem Gemeinderatsantrag zu folgen.

Urs Hauri, Grüne/EVP hat vorhin bei der Rechnung kurz erwähnt, wieso er es wichtig findet, dass man die Steuern nicht zurückbezahlt, sondern die Möglichkeit hat, sinnvolle, wertvolle und wertsteigernde Projekte unterstützen zu können. Das ist genau ein solches Projekt, bei dem er findet, dafür kann Binningen als wohlhabende Gemeinde das Geld sinnvoll ausgeben. Er bittet darum, dies zuzusagen. Der Votant wäre auch dafür, dass man eher den Eintritt reduziert, als ihn gratis zu machen. Damit kann man die Leute längerfristig binden und vielleicht auch Leute, die nicht so viel Geld zur Verfügung haben. Denn der eigentliche Eintritt ins Sonnenbad ist für Leute, die nicht so viel Geld haben, teuer.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP freut sich über diese lebhaftige Diskussion. Das tut der Gemeinde gut. Es ist eindeutig für eine wichtige Sache. Vielleicht zum Einzelvotum von Christian Schmid, der gefragt hat, ob man den Schwimmunterricht nicht im Sonnenbad machen könne. Nein, der ist organisiert und muss zu Schulzeiten stattfinden. Der kann nicht irgendwann durchgeführt werden. Der Schwimmunterricht muss auch vom Wetter unabhängig stattfinden. Das hat man im Griff. Das funktioniert sehr gut im Schwimmbad Spiegelfeld. Weiter wurde gefragt, ob man nicht einen Landabtausch mit Basel-Stadt machen könnte. Das ist relativ schwierig, weil Basel-Stadt weiss, was für Land sie haben. Sie haben einiges an Land in Binningen. Da ist man dann in 10 Jahren noch daran. Der Redner hat den Eindruck, dies bringe nicht so viel. Christian Schmid hat auch gesagt, ob jetzt jeder kommen könne, z.B. der SC Binningen. Man muss einfach sehen, dass auch dort, wo die Gemeinde selbst die Infrastruktur finanziert, wie es das ist beim SC Binningen mit dem Fussball: Der SC Binningen zieht das Angebot als privater Verein selbst auf und selbstverständlich investiert die Gemeinde beim Kunstrasenfeld, das es schon gibt. So viel anders ist das auch nicht. Es ist einfach ein anderer Eigentümer. Es ist nicht die Gemeinde, es ist jetzt das Projekt des Sonnenbads.

Dann hat Jonas Lüthi erwähnt, in der Basler Zeitung habe gestanden, der Gemeinderat würde das Geld einfach sprechen. Nein. Er weiss nicht, was in der Basler Zeitung stand, aber in der Medienmitteilung steht «unter Vorbehalt des Beschlusses des Einwohnerrats». Weiter fragte er, ob man später auch wieder an das Sonnenbad zahlen müsse. Nein, rechtlich gibt es null Verpflichtungen. Wenn man so etwas möchte, würde das wieder hier im Rat verhandelt werden. Der Gemeinderat kann nicht einfach schalten und walten. Es gibt keine Verpflichtung. Man muss sehen, dass es auch um den Erhalt eines Freizeitangebots geht, das es heute schon gibt. Wenn dort nichts passiert, ist absehbar, dass das Bad nicht mehr lange bestehen wird. Felix Gerber hat die ominösen 750 000 Franken angesprochen. Es ist klar, es sind alles Überlegungen und Diskussionen, wo landet man am Schluss. Man kann auch die Verhältnisse anschauen. Die Bürgergemeinde Binningen, mit weltweit 3000 Mitgliedern und nur 1500 Mitgliedern in der Gemeinde, das ist ein Zehntel, bezahlt 100 000 Franken. Sie haben das gesprochen, weil sie sagen, es ist eine gute Sache. Basel-Stadt zahlt heute schon mit der Dachstiftung CMS zwei Millionen Franken. Es kommt ein weiterer namhafter Betrag des Mehrwertabgabefonds hinzu, welchen man nicht für den Baubeginn verwenden kann, sondern erst später. Es gibt also auch andere, die ziemlich finanzieren. Der Gemeinderat hat einfach gesagt, einen Teil möchte er zurück an die Bevölkerung geben.

Es wurde gesagt, es wäre schön zu wissen, was der Swisslos-Fonds bezahlt. Das weiss die Gemeinde auch nicht. Das Verfahren dauert relativ lange. Sie hatten mit dem Sonnenbad schon Gespräche. Was immer klar rauskommt ist, sie erwarten, dass die Gemeinde Binningen einen Beitrag leistet. Wenn das nicht passiert, funktioniert dort gar nichts. Man muss ehrlich sein. Wenn man einfach 10 000 Franken bezahlt, dann wird es nicht funktionieren. Es wird schon geschaut, ob eine gewisse Substanz dahinter ist oder ob es einfach ein Lippenbekenntnis ist. Soviel dazu. Auch Stefan Kaiser hat gesagt, der Gemeinderat habe den Betrag schon gesprochen. Nein. So viel Macht hat der Gemeinderat nicht. Das ist auch richtig so. Der Einwohnerrat spricht. Der zuständige Gemeinderat hat den Eindruck, es gebe die Möglichkeit, dass ein Kompromissantrag durchkommt. Er würde daher vorschlagen – dies muss der Rat natürlich beschliessen – nun ein Time-Out einzulegen, damit man die Anträge zusammenbringen kann. Es liegen interessante Anträge vor.

Der Präsident teilt mit, dass ein zweiminütiges Time-out eingelegt werde.

[Time-Out]

ABSTIMMUNG

Rahel Amacker, Mitte/GLP hätte einen Vorschlag. Sie weiss aber nicht, ob dieser funktioniert. Sie haben besprochen, dass sie zuerst gerne darüber abstimmen würden, ob der Rat 250 000 Franken zurückfliessen lassen möchte oder 500 000 Franken, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Gerne könnte man dies zuerst gegeneinander ausmehren. Danach könnte man den obsiegenden Antrag dem interfraktionellen Antrag gegenüberstellen. Das wäre ihr Vorschlag.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP teilt mit, es sei generell üblich, dass man zuerst die Unteranträge ausmehre und diese am Schluss dem Gemeinderatsantrag gegenüberstelle. Davon kann aber auch abgewichen werden. Zieht die SVP ihren Antrag zurück?

Roman Oberli, SVP führt aus, seine Fraktion könne sich mit dem Vorgehen anfreunden, dass man nur die 500 000 Franken gegen die 250 000 Franken ausmehre. Realistisch sind dies die wahrscheinlichsten Optionen, die man hat. Die SVP zieht ihren Antrag daher zurück.

Präsident Thomas Häfele, FDP bedankt sich. In diesem Fall wird der Rat ausnahmsweise den Antrag der Mitte zuerst gegen den Antrag des Gemeinderats ausmehren. Der Antrag der Mitte lautet, dass der Einwohnerrat einen Unterstützungsbeitrag von 750 000 Franken genehmigt und dass der Gemeinderat anschliessend mit dem Betreiber des Naturbads eine Vereinbarung trifft, dass 250 000 Franken an die Binninger Bevölkerung zurückfliessen. Entweder in Form von Gratiseintritten oder vergünstigten Eintrittspreisen. Der Antrag des Gemeinderats lautet, dass neben dem Unterstützungsbeitrag von 750 000 Franken 500 000 Franken in Form von Gratiseintritten an die Binninger Bevölkerung zurückfliessen.

Ausmehren:

Antrag Mitte/GLP: 24 JA

Antrag Gemeinderat: 9 JA

6 Enthaltung (Abstimmung 16)

://: Der Antrag der Mitte/GLP obsiegt.

Als nächstes wird der Präsident den Antrag der Mitte dem interfraktionellen Antrag gegenüberstellen. Der interfraktionelle Antrag lautet, dass wiederum ein Investitionsbeitrag von 750 000 Franken zugunsten der Stiftung bewilligt wird. Allerdings ausschliesslich für die Realisierung der Phase 1, dem Naturbad. Und dass der Gemeinderat anschliessend mit dem Betreiber des Naturbads eine langfristige Vereinbarung abschliessen soll, mit der den Binninger/innen vergünstigte Eintrittspreise in nicht definierter Höhe gewährt werden und den Schulklassen der Primarschule Binningen jeweils am Vormittag ein unentgeltlicher Zugang ermöglicht wird.

Ausmehren:

Antrag Mitte/GLP: 24 JA

Interfraktioneller Antrag: 12 JA

3 Enthaltung (Abstimmung 17)

://: Der Antrag der Mitte/GLP obsiegt.

Genehmigung Antrag Mitte/GLP: 30 JA / 8 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 18)

Abschreibung Postulate: Einstimmig JA (Abstimmung 19)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat bewilligt einen Unterstützungsbeitrag von CHF 750 000 zur Realisierung des Naturbads St. Margarethen.
- ://: 2. Der Gemeinderat schliesst mit einem künftigen Betreiber des Naturbads St. Margarethen eine Vereinbarung darüber, dass CHF 250 000 des von der Gemeinde investierten Betrags an die Binninger Bevölkerung in Form von Gratiseintritten oder vergünstigten Eintrittspreisen zurückfliessen.
- ://: 3. Der Einwohnerrat schreibt die Postulate 101 von Gaida Löhr und 108 von Peter Frauchiger als erfüllt ab.
-

Traktandum 13

Gesch. Nr. 137

T. Häfele, FDP: Antrag auf Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 14

Gesch. Nr. 98

Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 15

Gesch. Nr. 102

Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 16

Gesch. Nr. 104

Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 17

Gesch. Nr. 109

Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 18

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

BESCHLUSS

://: Versoben.

BESCHLUSS

://: Versoben.

Traktandum 17

Gesch. Nr. 60

Interfraktionelle Interpellation: Transparenz der Vergabe von Kulturfördergeldern durch die Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Versoben.

Einwohnerratspräsident Thomas Häfele, FDP teilt mit, es sei sein hehrer Wunsch gewesen, dass er seiner Nachfolgerin eine saubere Traktandenliste hinterlassen könne. Leider war der Rat diesbezüglich nicht erfolgreich. Es war vermutlich heute die mit Abstand längste Sitzung seines ganzen Amtsjahrs. Gerne informiert er die Anwesenden, dass das Büro Gaida Löhr als ordentliches Mitglied in die Spezialkommission Gemeindeordnung gewählt hat als Nachfolgerin von Jonathan Noack. Kevin Lancashire hat per Ende Juni seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Er sitzt seit Juli 2023 im Rat als Teil der FDP-Fraktion. Von Dezember 2023 bis Juni 2024 war er Mitglied der BPK, ab August bis vor kurzem hat er als Präsident des Primarschulrats geamtet. Kevin Lancashire hat sich durch seine konstruktive Ratsarbeit ausgezeichnet und viele kreative Impulse gesetzt. Der Präsident dankt ihm im Namen des gesamten Rats für sein Engagement und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute. Sein Nachfolger ab der August-Sitzung wird Pascal Treuthardt sein.

Damit haben es die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte fast geschafft. Die heutige Sitzung markiert das Ende seiner Amtszeit als Ratspräsident. In seiner Antrittsrede im August hat er sich ein Parlament des Dialogs und des Respekts gewünscht. Das wurde oft erreicht, aber nicht immer. Teilweise hatte er den Eindruck, der Rat versuche, die grosse Weltbühne zu imitieren. Die Polarisierung schreitet voran und die Kompromissbereitschaft ist das erste Opfer. Die jüngste Flut an Behördenreferenden hat die Gräben in den Parteien und in unserer Gemeinde nur noch tiefer aufgerissen. Wenn die polarisierte Haltung auf die ohnehin ausgeglichenen Mehrheitsverhältnisse trifft, wird die Ratsarbeit zunehmend schwerfällig und teilweise auch etwas freudlos oder gehässig. Der Votant hofft, dass man das Steuer noch rumreissen kann und sich der Trend irgendwann wieder umkehren lässt. Wer noch mehr von seinen Gedanken zur Binninger Lokalpolitik lesen möchte, empfiehlt er seine Kolumne im nächsten Binninger Wochenblatt. Umso mehr wünscht er der zukünftigen Präsidentin für das kommende Jahr ein dickes Fell, die nötige Portion Härte, ausreichend Durchsetzungsvermögen, unerschöpfliche Energie und vor allem viel Freude. Er dankt allen für das Vertrauen und die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Besonders möchte er sich bei Linda Gerstner, Sandra Matter und Bernard Keller für die ausgezeichnete Unterstützung in den letzten Monaten bedanken. Für ihn persönlich geht eine zweijährige Fastenzeit zu Ende. Nach einer langen Zeit des Stillsitzens und der neutralen Spielleitung freut er sich nun sehr, ab August endlich wieder mitdiskutieren zu dürfen und seine persönliche Meinung in den Rat zu tragen. Zuerst freut er sich nun aber darauf, zusammen mit den Anwesenden auf das vergangene Ratsjahr anzustossen. Ein herzliches Dankeschön der Fraktion der Mitte/GLP, die den heutigen Apéro grosszügigerweise ausrichten. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Nina Eldridge, Mitte/GLP ergreift das Wort und teilt mit, dass die Sitzung noch nicht ganz zu Ende sei. Sie hat heute die Ehre, Thomas Häfele als Einwohnerratspräsidenten zu verabschieden. So schnell ging das Jahr rum, aber heute hatte sie das Gefühl, als würde es nie enden. Sie war nicht an allen Sitzungen dabei und bedankt sich nochmals bei ihrer Stellvertreterin Rahel Amacker. So wie sie gehört hat, waren gerade die ersten Sitzungen in dieser Amtszeit relativ hitzig. Doch durch seine gut vorbereitete Art hat der Präsident die Sitzungen mit viel Ruhe und Souveränität geleitet. Das hat sich durch seine ganze Amtszeit gezogen. Er kennt sicher den Spruch: «Ist so, weil war so. Bleibt so, weil gut so.». Das trifft ab und zu auf die etablierten politischen Systeme zu. Thomas Häfele hat aber von Anfang an seine Gedanken und Ideen, was man am System ändern könnte, eingebracht und dies nicht zuletzt mit seinem Postulat über die Änderung der Geschäftsordnung. Die Votantin hat die offene, unkomplizierte und konstruktive Art des Präsidenten sehr geschätzt. Dies hat die Zusammenarbeit sehr angenehm gemacht. Dafür möchte sie sich gerne persönlich bei ihm bedanken. Jetzt, wo er endlich so richtig drin ist, ist seine Amtszeit auch schon wieder vorbei. Das heisst aber auch, dass er zwei Jahre auf der Bühne sitzen musste und sich nicht in den Diskussionen äussern konnte. Es fällt einem ab und zu wirklich nicht leicht, auf dem Mund sitzen bleiben zu müssen. Daher hofft sie, dass sich Thomas Häfele freut, ab August wieder aktiv an den Diskussionen teilnehmen zu können. Im Namen aller Ratskolleginnen und

Ratskollegen möchte sie sich ganz herzlich für seine Arbeit und sein Engagement im letzten Jahr bedanken und wünscht ihm viel Freude wieder unten im Saal zu sitzen. *[Applaus]*

Präsident Thomas Häfele, FDP bedankt sich. Das ist sehr nett. Er fühlt sich geschmeichelt. Der Redner hat sein Ziel, die Sitzung um 21.30 Uhr zu schliessen nur um ca. 90 Minuten verpasst. Damit schliesst er die Sitzung um 22.54 Uhr und dankt allen für die Aufmerksamkeit. Prost! *[Applaus]*

Abstimmung 2: Gesch. Nr. 125: Rednerliste schliessen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 20:50:43

Gesamtergebnis:	Ja:	35	89.74 %
	Nein:	4	10.26 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 3: Gesch. Nr. 125: Genehmigung der Leistungsberichte

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:00:18

Gesamtergebnis:	Ja:	37	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	-
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	-
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 4: Gesch. Nr. 125: Genehmigung der Globalrechnungen der Produktgruppen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:02:17

Gesamtergebnis:	Ja:	39	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 5: Gesch. Nr. 125: Genehmigung der Positionen ausserhalb der Globalrechnung

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:02:55

Gesamtergebnis:	Ja:	39	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 6: Gesch. Nr. 125: Einlage von 2.6 Mio. Franken in die finanzpol. Reserve (Energiefonds)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:03:31

Gesamtergebnis:	Ja:	37	94.87 %
	Nein:	1	2.56 %
	Enthaltung:	1	2.56 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Enthaltung
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 7: Gesch. Nr. 125: Genehmigung der Erfolgsrechnung 2025

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:04:27

Gesamtergebnis:	Ja:	39	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 8: Gesch. Nr. 125: Ergebnisverwendung:**5 Mio. Franken Reserve für Steuerrückvergütung (JA) vs. Verrechnung mit Bilanzüberschuss (NEIN)**

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:05:59

Gesamtergebnis:	Ja:	18	46.15 %
	Nein:	20	51.28 %
	Enthaltung:	1	2.56 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Nein
Brigitte Schori	Nein
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Enthaltung
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 9: Gesch. Nr. 125: Ergebnisverwendung: Verrechnung mit Bilanzüberschuss

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:06:54

Gesamtergebnis:	Ja:	23	58.97 %
	Nein:	16	41.03 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Nein
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Olivier Kremono	Nein
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Karin Schinzel	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Nein
Peter Frauchiger	Nein
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Nein
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 10: Gesch. Nr. 125: Genehmigung Bilanz 2025

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:07:31

Gesamtergebnis:	Ja:	36	92.31 %
	Nein:	2	5.13 %
	Enthaltung:	1	2.56 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Enthaltung
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 11: Gesch. Nr. 125: Direktgenehmigung Abrechnung Hallenbad

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:08:19

Gesamtergebnis:	Ja:	37	97.37 %
	Nein:	1	2.63 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	38	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	-
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 12: Gesch. Nr. 146: Abschreibung Postulat 167/XII

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:27:11

Gesamtergebnis:	Ja:	37	97.37 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	1	2.63 %
	Gesamt:	38	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	-
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Enthaltung
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 13: Gesch. Nr. 146: Abschreibung Postulat 53/XIV

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:28:08

Gesamtergebnis:	Ja:	39	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 14: Gesch. Nr. 146: Abschreibung Postulat 90/XII

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 21:28:44

Gesamtergebnis:	Ja:	38	97.44 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	1	2.56 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Enthaltung
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 15: Gesch. Nr. 101/108: Rednerliste schliessen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 22:27:46

Gesamtergebnis:	Ja:	36	97.30 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	1	2.70 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Enthaltung
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	-
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	-
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 16: Gesch. Nr. 101/108: Antrag Mitte (JA) vs. Antrag GR (NEIN)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 22:44:10

Gesamtergebnis:	Ja:	24	61.54 %
	Nein:	9	23.08 %
	Enthaltung:	6	15.38 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Olivier Kremono	Nein
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Enthaltung
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Enthaltung
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Nein
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Enthaltung
Brigitte Schori	Enthaltung
Leon Behrends	Enthaltung
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Enthaltung
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 17: Gesch. Nr. 101/108: Antrag Mitte (JA) vs. Interfr. Antrag (NEIN)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 22:45:51

Gesamtergebnis:	Ja:	24	61.54 %
	Nein:	12	30.77 %
	Enthaltung:	3	7.69 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Nein
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Nein
Olivier Kremo	Ja
Charlotte Marti	Nein
Niklas Mattsson	Nein
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Enthaltung
Karin Schinzel	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Enthaltung
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Nein
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Enthaltung
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 18: Gesch. Nr. 101/108: Antrag Mitte

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 22:46:53

Gesamtergebnis:	Ja:	30	76.92 %
	Nein:	8	20.51 %
	Enthaltung:	1	2.56 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Nein
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Nein
Brigitte Schori	Nein
Leon Behrends	Nein
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Enthaltung
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 19: Gesch. Nr. 101/108: Abschreibung Postulate 101 und 108

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 22.06.2026 22:47:28

Gesamtergebnis:	Ja:	39	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	39	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Thomas Haefele	Ja
Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremono	Ja
Charlotte Marti	Ja
Niklas Mattsson	Ja
Kevin Lancashire	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Peter Frauchiger	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Ja
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja